

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., vierteljährlich 2.00 Mk., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 25. Juli 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der neue Syllabus.

Die Schell-Affäre und ihre Folgeerscheinungen sind von uns mehrfach gewürdigt worden. Wie wir nachwiesen, richtete sich der Angriff der Kurie gegen den sogenannten Reformkatholizismus im Wesen gegen die Agitationsmethode, die das Zentrum in den Industriegebieten einzuschlagen sich gezwungen sieht. Indem die Kurie die Gelegenheit beim Schopfe ergriff und die Indexbewegung ans Licht zog, suchte sie einen Streich gegen diejenigen Zentrumskreise zu führen, die als die Träger des Reformkatholizismus gelten. Daß es just die maßgebenden und politisch leitenden Schichten des Merikalismus waren, die dabei heillos bloßgestellt und im Kurialstil abgekanzelt wurden, erhöht die Annehmlichkeit der vom Papst eingeschlagenen Prozedur für uns Sozialdemokraten. Die Merikale Presse hat unsere Feststellungen ruhig hingenommen; angesichts der für sie verfahrenen Situation das Beste, was sie tun konnte. So weit wir sehen, versuchte nur die „Schles. Volkszeitung“ einen lahmten Widerspruch; sie meinte, die Indexbewegung habe mit dem Zentrum nichts zu tun. Selbst wenn dies wahr wäre, würde damit an der Tatsache nichts geändert, daß sie in innerer Beziehung zur Schell-Affäre steht und der Vatikan sie benutzte, um sie gegen die führenden Kreise des deutschen Merikalismus auszuspielen. Zum Ueberflus gibt der eben publizierte neue Syllabus unserer von Anfang an ausgesprochenen Auffassung durchaus recht.

Nachdem Freiherr v. Hertling sich in seiner ritterlichen Art vor der Indexbewegung salbiert hatte, wagten die Leiter derselben, wie bekannt, einen phrasenreichen Protest gegen den Vatikan und künftigen ihr Festhalten an der Adresse an. Bevor diese jedoch nach Rom gelangen konnte, erhalten sie von der Kurie vorweg eine Antwort, die ihnen jede Aussicht auf Erfolg endgültig abschneidet. Das vatikanische Schriftstück ist zudem ein sprechender Kommentar zu den offenbar von deutschmerikalischer Seite inspirierten römischen Meldungen, Pius X. sei über die Art, wie er in der Indexfrage unterrichtet worden, nachträglich indigniert gewesen. Das gerade Gegenteil erscheint richtig, und der Papst hat es sehr eilig, an dem Ernst seines Vorgehens keinen Zweifel und bei allen gelehrten und ungelehrten Schäffeln keine weiteren Illusionen aufkommen zu lassen. Die reformkatholische Methode der Merikalen Intellektuellen, die Agitationsmethode des Zentrums in den Industriegebieten ist und bleibt gerichtet.

Wie schon der Name sagt, ist der neue Syllabus nach dem Muster des alten vom Jahre 1864 hergerichtet. Gleich diesem enthält er eine Reihe von Bücherstellen, die er als heterodox verurteilt. Es sind meist kurze, aus dem Zusammenhang gerissene Sätze, von denen manche verschiedener Deutung fähig sind. Im vollen Umfange sind sie für den Theologen nur verständlich, wenn der Zusammenhang herangezogen wird, in dem jene Stellen sich finden. Mit Recht hat sich seinerzeit Ketteler dagegen verwahrt, vorzeitig „zu allgemeinen Erörterungen überzugehen“ und so den Propositionen des Syllabus einen Sinn zu unterstellen, den sie nach ihrem vollen Zusammenhange nicht besitzen. Es ist daher ein ziemlich umfangreiches Aktenwerk erschienen zwecks genauerer Umgrenzung des Sinnes, in dem der alte Syllabus auszulegen ist. Mit der neuen Publikation steht es nicht anders. Wenn aber auch für den Theologen ein abschließendes Urteil noch nicht möglich ist, so tritt doch die politische Tendenz des Erlasses klar und deutlich hervor.

Der alte Syllabus richtete sich in der Hauptsache gegen den Liberalismus, die Unterordnung der Kirche unter den Staat und die Zivilehe. Es handelt sich hier um Grundsätze, die der Merikalismus zwar heute noch verwirft, gegen deren praktische Folgen er jedoch nur dort noch opponiert, wo er gelegentlich, wie gegenwärtig in Frankreich, den Schaden davon hat. Im übrigen haben Papsttum und kapitalistischer Staat Frieden geschlossen, seitdem die feudal gebundene Kirche in die wirtschaftlichen Interessen des Kapitalismus hineingewachsen ist. Die kapitalistische Ordnung ist für die Kirche recht profitlich und ihr Einfluß auf die Staatsgewalt angeht die der zunehmenden Macht des Proletariats zunächst im Wachsen. Zum Mikado und zum Sultan, zum Regus von Abyssinien und den südamerikanischen Diebedregierungen steht die Kurie in ebenso guten Beziehungen wie zu Nikolaus II. und zu Deutschland, zumal der Bruch zwischen Zentrum und Regierung nur so lange währen wird, bis der nächste Raubzug auf die Taschen des Volkes das würdige Brüderpaar wieder zusammenführt.

Der neue Syllabus ist daher auf einen anderen Ton gestimmt als der alte. Er scheint auf den ersten Blick nicht hineingreifen in die politischen Tagesfragen. Die Sätze, die er verurteilt, beziehen sich auf die Bibelergesse und muten fast an wie Wächstgegnel. „Die kirchliche Interpretation der heiligen Bücher ist zwar nicht zu verachten, unterscheidet aber dem genaueren Urteil und der Korrektur der Ergeten.“ „Da im Glaubensschatze nur die offenbaren Wahrheiten enthalten sind, so steht es der Kirche in keiner Beziehung zu, ein Urteil zu fällen hinsichtlich der Behauptungen menschlicher Wissenschaften.“ „Die gött-

liche Inspiration dehnt sich nicht derartig auf die ganze heilige Schrift aus, daß sie alle und jede Teile derselben vor jeglichem Irrtum schützt.“ Aber so politisch harmlos, wie sie scheinen, sind diese Sätze nicht. Wie oft haben wir nicht in der Agitation von Merikaler Seite gehört, die Bibel vermittele nur „moralische, theologische“ Wahrheiten, mit Naturwissenschaft und Geschichte habe sie nichts zu tun. Pius X. bläst diese und verwandte Wahllügen, auf die der Merikalismus sich gegenüber der sozialdemokratischen Aufklärung zurückzog, in die Luft. Nirgendwo wohl hat die historische Kritik summarischer ausgedrückt als mit den „Tatsachen“ der Bibel; vom göttlich inspirierten alten und neuen Testament ist verteuft wenig übrig geblieben, die Naturwissenschaften warfen das biblische Weltgebäude über den Haufen. Die Kurie erklärt die Resultate der Wissenschaft für null und nichtig, der Wortlaut von Bibel und Dogma stehen über ihnen. Hertling hat einmal, wenn wir nicht irren, sogar im Reichstag, ausgesprochen, der katholische Forscher habe nicht dort Halt zu machen, wo seine Forschungen einem Dogma unebenwürden. Nach dem Erscheinen des neuen Syllabus wird er diese Ansicht wohl revidieren müssen. Ein Merikaler Professor mag das fertig bekommen, aber so leicht wie ein Merikaler Professor ist eben das Merikale Proletariat dank der sozialdemokratischen Agitation heute nicht mehr abzuspüren.

Im 15. Jahrhundert ließ die Kirche den Humanismus in den oberen Kreisen gewähren und „Un- und Irrglaube“ grassieren nicht zum geringsten gerade in der höheren Geisteswelt. Aber wie früher gegen die Waldenser, ging die Kurie vor, als die Aufklärung die niederen Schichten ergriff. Ähnlich auch diesmal, wenn ihr auch nicht mehr die Mittel von damals zu Gebote stehen. Hätte sich die Kontroverse auf die oberen Regionen beschränken lassen, die Kurie hätte schwerlich groß Aufsehens gemacht. So lange der „Irrtum“ die Methode der „Gebildeten“ war, sich mit dem Dogma auseinanderzusetzen, blieb Ruhe über allen Gipfeln. Erst als der „Reformkatholizismus“ in die christlichen Arbeitermassen durchsickerte, geriet Holland in Not, und die Merikalen Theologen müssen den Syllabus unterschreiben, wenn sie nicht aus Amt und Stelle gefagt sein wollen. Dem Volke muß eben die Religion erhalten bleiben. Es wird jedoch den alleinseligmachenden Zionswächtern nichts mehr fruchten. Die Stunde ist unwiederbringlich vorbei, und ein Papst, der im Achtstundentag eine Vergewaltigung der natürlichen Freiheit des Menschen, will sagen des ausbeutenden Kapitalisten erblickt, wird mit einem neuen Syllabus nicht den Fortschritt des Wissens totschlagen. Verzichtet er offen und rückfalllos auf den Ausgleich von Dogma und Wissenschaft, so spricht er damit eine Tatsache aus, die sich in gleicher Weise aus dem Wesen des Dogmas wie der Wissenschaft ergibt, die jeder ehrlich Denkende unterschreibt und die ein wesentliches Rüstzeug der Merikalen Agitation gerbricht.

Die Internationale.

II.

Ueber die dem internationalen Kongress zu Stuttgart vorgelegten Berichte werden wir unsere Leser am besten unterrichten, wenn wir auch weiterhin Auszüge daraus — wenigstens aus den Berichten der wichtigsten Länder — in deutscher Uebersetzung veröffentlichen.

Vereinigten Staaten von Nordamerika

berichtet die „Sozialistische Partei“:
 „Von 1900 bis 1905 ist das in den großen Industrien angelegte Kapital von 9 Milliarden auf rund 12,7 Milliarden Dollars (d. h. von 36 auf 50 Milliarden Mark) gestiegen, während die Zahl der industriellen Großbetriebe nicht gewachsen ist. Der Wert der Jahresproduktion dieser Betriebe ist in derselben Zeit von 11½ auf etwa 15 Milliarden Dollars (48 auf 60 Milliarden Mark) gestiegen, und die Zahl der beschäftigten Lohnarbeiter von 4 715 000 auf 5 470 000. Die im vorigen Jahre vom Handels- und Arbeitsministerium veröffentlichte Statistik enthält die erstaunliche Tatsache, daß im Jahre 1904 nur 11,2 Proz. der industriellen Betriebe 81,5 Proz. aller Produkte lieferten, 88 Proz. des Gesamtwertes wurden von ungefähr 1900 Betrieben produziert — das heißt von weniger als 1 Proz. aller Betriebe.“

Es wird dann weiter geschildert, daß das Eisenbahnwesen sich ebenso gewaltig entwickelt hat, gewaltiger aber noch das Finanzwesen und in seinem Gefolge die Spekulation. Mehr als sonst sind in diesen letzten Jahren kolossale Vermögen und „erstaunliche industrielle Kombinationen“ geschaffen worden, was wiederum eine ungläubliche Korruption nach sich gezogen hat. Der Gegenschlag blieb nicht aus, es machte sich ein allgemeiner Unwille geltend, der in einer entsprechenden Literatur (z. B. Upton Sinclairs Roman „Sumpf“) Ausdruck fand. Infolgedessen haben die großen politischen Parteien es angezeigt gefunden, gegen die Ausbreitungen der Trusts und Monopolwirtschaft zu weitem, auch haben sich allerlei radikale politische Nebenströmungen bemerkbar gemacht.

*) Vgl. den Leitartikel in Nr. 168.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (leitgebundene) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeige und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die unmittelbare Wirkung dieser Entwicklung des Kapitalismus im wirtschaftlichen, literarischen und politischen Leben unseres Landes auf die organisierte sozialistische Bewegung ist nicht, wie man es erwarten konnte, sehr günstig gewesen. . . . Wenngleich die sozialistischen Stimmen in diesen letzten Jahren eine tatsächliche Zunahme erfuhrten, so entsprachen sie doch nicht dem Wachstum des sozialistischen Empfindens in den Vereinigten Staaten.

Bei der letzten Präsidentenwahl im Jahre 1904 lagen die politischen Verhältnisse über die Rahmen günstig für den Sozialismus. Die beiden großen Parteien hatten entschiedene Konserbative zu Kandidaten ernannt, die „alte Volkspartei“ war diskreditiert durch ihre früheren Bündnisse mit den Demokraten und war gespalten. Die sozialistische Partei war somit die einzige Vertreterin eines echten politischen Radikalismus und in der Lage, alle ihre Kräfte einzusetzen. Sie erkannte denn auch die Situation und begann einen Feldzug, der durch seine Intensität, seinen Umfang und seine Wirksamkeit alle früheren Anstrengungen der sozialistischen Bewegung in diesem Lande übertraf. Die Wahl ergab für Eugen V. Debs, den Kandidaten der Partei, 408 320 Stimmen gegen 229 762 vom Jahre 1902, die höchste Zahl, welche die Partei bis dahin erreicht hatte. Bei den Wahlen von 1906 dagegen entrißen und zahlreiche Reformparteien einen großen Teil unserer Stimmen und drückten diese auf 330 158 herab. Die „Sozialistische Arbeitspartei“ brachte es 1904 auf 33 536 Stimmen, und 1906 auf 24 880.

Die „Sozialistische Partei“ hat im Parlament der Vereinigten Staaten keinen Vertreter, aber sie hat deren in einigen Teilen des Landes in den Staats- und Lokalverwaltungen. Im Staate Wisconsin ist deren Zahl nicht geringer als 126, darunter 1 Senator und 5 Parlamentarier. Die Stadt Ronitowec hat einen sozialistischen Bürgermeister, während in Milwaukee, der Hauptstadt des Staates, die Partei 12 Mitglieder im Gemeinderat hat und die Demokratische Partei an Stimmengahl übertrifft.

Ende 1906 zählte die sozialistische Partei ungefähr 1200 lokale Sektionen mit insgesamt etwa 20 000 eingeschriebenen zahlenden Mitgliedern. Ende 1906 war die Zahl der Organisationen auf etwa 1900 mit insgesamt über 35 000 Mitgliedern gestiegen. Die Partei hat gegenwärtig in 39 Staaten der Union reguläre Bezirksorganisationen und in anderen Staaten und Territorien noch Lokalorganisationen. Sie umfaßt aber nicht die gesamte sozialistische Bewegung des Landes. Die Konkurrenzorganisation, bekannt unter dem Namen S. L. P. (Socialist Labor Party, Sozialistische Arbeitspartei) zählt mehrere tausend Mitglieder, und außerdem gibt es in den verschiedenen Teilen des Landes noch Tausende von Zirkeln und Klubs, deren einziger Zweck die sozialistische Propaganda ist.

Was die Presse anbelangt, so „unterhielt die Sozialistische Partei 1906 etwa 30 Publikationsorgane in verschiedenen Sprachen. Letztes Jahr ist die Zahl der ausgesprochenen sozialistischen Organe in den Vereinigten Staaten auf etwa 50 gestiegen, davon mehr als die Hälfte periodische Zeitschriften in englischer Sprache, drei erscheinen monatlich und der Rest wöchentlich; 23 sind in fremden Sprachen geschrieben. . . . Seit letztem Herbst geben die Sozialisten von Chicago ein täglich erscheinendes Blatt in englischer Sprache heraus, und die Herausgabe gleicher Blätter in New York und in Kalifornien wird eifrig vorbereitet. . . .“

Ueber die Gewerkschaftsbewegung macht derselbe Bericht folgende Angaben:

„Während der Jahre 1904, 1905 und 1906 hat die American Federation of Labor (der amerikanische Arbeitsbund) 1000 neue Gruppen gewonnen und die Gesamtzahl ihrer zahlenden Mitglieder von etwa 1½ Millionen auf mehr als 2 Millionen gesteigert. Außerdem schätzt man, daß noch 500 000 bis 1 000 000 Arbeiter in kleineren Berufsorganisationen und sonstigen dem Bunde nicht angeschlossenen Vereinen organisiert sind, die in den letzten Jahren ebenso auffallende Fortschritte gemacht haben. Erschreckt durch dieses rapide Wachstum der Gewerkschaftsbewegung, haben die Besitzenden sich bemüht, dem zu begegnen. Ihre wichtigste Maßnahme ist der Schutz der Nichtorganisierten (open shop agitation — Agitation für offene Werkstätten). Der Präsident der Vereinigten Staaten erließ eine Verfügung, daß die Regierungsdruckerei ein „open shop“ sein solle, d. h. eine für alle Arbeiter offene Werkstätte, die keinen Unterschied machen dürfe zwischen organisierten und nichtorganisierten Buchdruckern. . . . Die Kapitalisten griffen das mit Begierde auf und begannen eine Bewegung zur Vernichtung der Trade-Unions im Namen der „offenen Werkstätten“. Das bedeutendste Organ dieser Bewegung ist der „Industrielle Bürgerverein“ (Citizens Industrial Association), der im Oktober 1903 zu Chicago gegründet wurde. . . . Im November 1904 hielt dieser Verein zu New York einen „Nationalkongress“ ab, der, wie behauptet wird, von 400 Delegierten aus allen Teilen des Landes besucht war. Ein Jahr darauf behauptete der Sekretär des Vereins Edward S. Lewis, daß der Verein mehrere hunderttausend Industrielle und Geschäftleute der Vereinigten Staaten als Mitglieder habe. Das ist wahrscheinlich übertrieben, aber der „Industrielle Bürgerverein“ nebst den ihm verbündeten Vereinen repräsentieren sicherlich genügend Kräfte, um zahlreiche Auspersperungen zu veranstalten und Streiks zu provozieren zu dem Zweck, die Arbeiterorganisationen zu schwächen. Man sagt, daß allein im Jahre 1904 die Arbeiterklasse mehr als 1200 auf solche Art provozierte Kämpfe hat durchschreiten müssen. . . .“

Ein anderes wichtiges Ereignis in der Geschichte des amerikanischen Gewerkschaftswesens war der politische Feldzug des „Arbeitsbundes“ im Jahre 1906. Jahrelang hielt der Bund fest an dem Prinzip, daß die organisierte Arbeiterklasse sich der Be-

ist zu enthalten habe, und verfolgte die Taktik, von den geschicktesten Körperschaften und dem Kongress der Vereinigten Staaten auf dem Wege der heimlichen Unterhandlungen Vorteile zu erlangen.

Die Früchte dieser Tätigkeit waren sehr mager. . . Hier und da eine Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen und Kinder, auch für Männer in einigen gefährlichen und ungesunden Berufen, anderwärts ein Minimum für gewisse bei öffentlichen Arbeiten beschäftigte Arbeiter, endlich hat das Abgeordnetenhaus ein Höchstlohnengesetz für die von der Bundesregierung beschäftigten Arbeiter angenommen.

Aber diese Gesetze brachten der Arbeiterklasse wenig wirkliche Vorteile. Da unseren Gerichten die Befugnis zusteht, die Gesetze durch Auslegung zu ändern und sie sogar ganz aufzuheben unter dem Vorwand, daß sie mit irgendwelchen Bestimmungen der Verfassung im Widerspruch stehen, hat man nach und nach alle diese Gesetze wieder aus dem Gesetzbuch gestrichen. Die Jahre 1906 und 1908 haben geradezu eine Epidemie in der Abschaffung dieser Gesetze gezeigt.

Dieses Spiel müde hat schließlich der geschäftsführende Ausschuss des Arbeitsbundes im Einverständnis mit den Vorsitzenden der 117 Bezirksverbände, eine Zusammenstellung der Beschwerden der Arbeiter vorgenommen und sie den obersten Bundesbehörden sowie dem Senat und dem Kammerpräsidenten zugeföhrt. Man achtete aber nicht viel darauf, und so trat dann im Herbst 1906 der Arbeitsbund in die Bewegung zur Wahl einer neuen Kammer ein. Leider erhoben sich seine Führer aber nicht zur Höhe einer bewußten Arbeiter-Klassenpolitik. Weder stellten sie selbst Kandidaten auf, noch unterstützten sie die Kandidaten der Arbeiterpartei. Sie haben sich niemals über den Unterschied klar werden können, welcher die sozialistische, die Arbeiterpartei von den beiden allen Parteien, den Beauftragten der bestehenden und kapitalistischen Klasse, trennt. Der Bund beschränkte seine politische Aktion darauf, gewisse republikanische und demokratische Kandidaten zu bekämpfen und andere zu unterstützen, bloß weil sie persönlich den organisierten Arbeitern feindlich oder freundlich waren.

Das Resultat war, daß die größte amerikanische Arbeiterorganisation mit ihren 2 Millionen Mitgliedern und ihrer in der Welt der Arbeit ungeheuren Macht bei ihrem ersten Auftreten in der Politik kläglich abschnitt. Nichtsdestoweniger ist die Tatsache ihrer erstmaligen Teilnahme am politischen Kampf bedeutungsvoll.

Der Bericht schließt mit der Schilderung eines bisher noch wenig erfolgreichen Versuchs, gegen den Arbeitsbund eine Konkurrenzorganisation zu gründen, die klar und nett auf sozialdemokratischem Boden steht; worauf dann noch eine Darlegung der unseren Lesern bekannten Roger-Caywood-Affäre folgt.

Nachklänge von der Aussperrung der Hamburger Schauerleute.

Am Mittwoch hatte sich der Redakteur des „Hafenarbeiter“, Genosse Karl Görlitz, vor der Strafkammer II des Landgerichts Hamburg wegen Vergehens gegen den Aufreizungsparagrafen und wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze zu verantworten. Diese nach den §§ 130 und 110 des Strafgesetzbuches strafbare „Staatsverbrechen“ soll G. in einer am 2. März d. J. stattgehabten Versammlung ausgesprochener Schauerleute bzw. in einem in Nr. 8 des „Hafenarbeiter“ vom 2. Februar 1907 veröffentlichten Artikel unter der Überschrift: „Der Sieg der Reaktion“ begangen haben. In seiner Rede über die brutale Aussperrung der Schauerleute führte er u. a. aus, die ganze Welt könne nicht begreifen, wie 9000 Familienväter wegen des Verlangens einer 36stündigen Arbeitszeit durch das kapitalistische Ausbeutertum aufs Klavier geworfen werden müßten, und unterzog dann das Leben und Treiben der englischen Streikbrecher an Bord der Kaiserenschiffe, die Regeln der Polizei und der deutschen Regierung einer scharfen Kritik, indem er erklärte, die Regierung müsse ein Interesse daran haben, solche Zustände zu beseitigen. Im Hamburger Hafen würde ein unerhörter Raubbau mit der Kraft der deutschen Arbeiter betrieben, so daß von Jahr zu Jahr die Unfälle zunähmen. Große, lange Kämpfe seien gegen die Mißstände im Hamburger Hafen von den Arbeitern geführt, die Behörden hätten aber nicht die Kraft und die Festigkeit, diesen Zuständen abzuhelfen, und deshalb sei die Unfallsziffer in granzuschauerlicher Weise gestiegen. Das Ausbeutertum wolle zwei Klassen schaffen, in Hamburg müsse ja alles in zwei Klassen eingeteilt werden, so auch das Wahlrecht. In die erste Klasse kommen Genußwörter, Ausbeuter usw., in die andere kämen die, die nichts haben.

Eine andere infamisierte Stelle lautete: „Das Hamburger Ausbeutertum erhalte eine moralische Niederlage, weil es in so unerhörter, nichtswürdiger, verbrecherischer Weise Forderungen an die Arbeiter stelle. Die Behörden müßten diese verbrecherische, barbarische Forderung des Ausbeutertums nicht zu inhibieren.“ Am Schlusse seiner Rede soll G. sich gegen § 110 der Verfassung haben, indem er gesagt haben soll, selbst die englischen Diener hätten sich auf das schärfste dagegen ausgesprochen, daß Streikbrecher ihres Landes nach anderen Ländern herbeigeholt werden; denn dadurch würde die Leidenschaft zwischen den Nationen aufgeschürt. Falls der Feind einmal an der Grenze stünde, wären die Arbeiter jeder Verpflichtung enthoben. Sie könnten sich dann Verteidigungsgeld von England holen.

Was endlich den Artikel anlangt, so soll der Angeklagte durch die scharfe Gegenüberstellung der zwei Klassen: Bürgerium — Ausbeuter und Arbeiter — Ausgebeutete sich der Aufreizung schuldig gemacht haben.

Der Angeklagte gibt zu, daß der Polizeibericht über seine Rede im großen und ganzen richtig wiedergegeben sei. Unrichtig sei dagegen die Stelle, die von der Anklage als Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze betreffend die Wehrpflicht bezeichnet werde. Er habe einen Artikel der „Hamburger Nachrichten“ gesehen, in dem gesagt werde: „Die deutschen Arbeitgeber befinden sich in der glücklichen Lage, keine Pflichten gegen die Arbeiter zu haben,“ und daran habe er die Bemerkung geknüpft: „Wenn wir uns auf denselben Standpunkt stellen wollten, wie die „D. N.“, so könnten wir, im Falle der Feind an der Grenze steht, dann auch sagen: Wir sind jeder Verpflichtung enthoben, holt Euch Lumpengeld von England!“

Der überwachende Beamte gibt die Möglichkeit dieses Wortlautes zu. Der Angeklagte wendet sich ferner dagegen, zu Gewalttätigkeiten gegen die „besitzende Klasse“ angezettelt zu haben. Er habe immer nur von der nicht zu rechtfertigenden Handlungsweise der Redner gesprochen. Betreffs des infamisierten Artikels führte G. aus, der Artikel sei nicht in der Absicht geschrieben, zu Gewalttätigkeiten aufzureizen und den öffentlichen Frieden zu gefährden, sondern es sei ein Ausdruck der durch den Ausfall der Wahl und der dieser vorangegangenen Wahlagitiation veranlaßten damaligen Stimmung in sozialdemokratischen Arbeiterkreisen. Von einer Aufreizung könne keine Rede sein. Gegenüber den viel schärferen Angriffen des Reichsverbandes sei der Artikel noch sehr mäßig. Der Klassenkampf, der in dem Artikel betont werde, sei in Artikeln und Flugblättern der gemäßigten Parteien viel schärfer betont. Der „Hafenarbeiter“ sei das Organ organisierter Arbeiter, und diese wußten sehr wohl, was der Hinweis auf die siegende Macht der sozialistischen Idee zu bedeuten habe.

Nach längerer Beweisaufnahme läßt der Staatsanwalt die Anklage aus § 110 fallen, beantragt aber wegen Aufreizung in zwei Fällen nicht weniger als sechs Monate Gefängnis.

Der Verteidiger, Dr. Herz-Altona, tritt diesen Ausführungen entgegen und beantragt die Freisprechung seines Klienten.

Das Gericht verurteilt den Angeklagten nur wegen der in der Rede enthaltenen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten zu einem Monat Gefängnis. Trotz des günstigen Tones in dem Artikel sei in den anderen Fällen auf Freisprechung erkannt, da der Angeklagte sich nur der hypothetischen Form bedient habe. Anders liege die Sache jedoch hinsichtlich der Rede, durch die eine große Erbitterung in den Reihen der Hafenarbeiter hervorgerufen worden sei und durch die eine zu Gewalttätigkeiten geneigte Stimmung hätte herbeigeföhrt werden können. Die satanische und gefährliche Sprache des Angeklagten spreche gegen seine Angabe, daß er gewalttätige Mittel verwerfe.

Die Bedeutung des Militärreferendums für die Schweizer Sozialdemokratie.

Man schreibt uns aus Zürich:

Die genaue Zahl der für das Referendum gegen das neue Militärorganisationsgesetz aufgetragenen Unterschriften beträgt 88 235. — Der Bundesrat hat die Abstimmung über die Gesetzesvorlage auf den 8. November angesetzt, es bleibt also noch reichlich Zeit gegen sie eine zürcherige Agitation zu entfalten. Ein glücklicher Zufall will es nun, daß einige Wochen vor der Abstimmung in der westlichen Schweiz ein Truppenzusammenzug stattfindet. Unseren Westschweizern aber sind die Kanonen ein Grauel; es häuft sich bei ihnen in diesen Zeiten immer eine gewaltige Dosis Groll und Haß gegen den „Militarismus“ auf, und sie nehmen dann regelmäßig die nächste beste eidgenössische Volksabstimmung zur Veranlassung, ihrem grossenden und hassenden Herzen Luft zu machen.

Die große Unterschriftenzahl ist für unsere Partei von doppelter Bedeutung. Von dreihundert Referendumsbewegungen unter der Herrschaft der schweizerischen Bundesverfassung von 1874 ist es nur in sieben Fällen gelungen, eine größere Zahl von Unterschriften als diesmal seitens der sozialdemokratischen Partei aufzubringen. Das Referendum gegen die Militärorganisation nimmt also nach der Zahl der Unterschriften den achten Rang ein. Schon das ist ein bedeutender Erfolg. Als Aktion einer einzelnen Partei aber steht es an der Spitze aller seit 1874 ins Leben gerufenen Bewegungen, durch die auf verfassungsmäßigem Wege die Volksabstimmung über eine Gesetzesvorlage herbeigeföhrt wurde. In allen Fällen nämlich, in denen eine noch größere Unterschriftenzahl erreicht worden ist, handelte es sich immer um gemeinsame Aktionen mehrerer Parteien oder es fanden sich zum mindesten aus verschiedenen Parteilagern gewisse Interessengruppen zusammen. Die höchste Zahl, 180 000, wurde auf diese Weise erreicht in der Referendumsbewegung von 1882 gegen die Vollziehung des Schulartikels der Bundesverfassung. Es sollte damals für die Ueberwachung und Kontrolle der Volksschulen in den Kantonen ein eidgenössischer „Schulsekretär“ geschaffen werden. Dies wurde als eine bürokratische Maßnahme angesehen, die dem auch die Gegnerschaft aller Feinde des Bürokratismus wackrief. Die Katholiken mißtrauten ihrerseits den kulturkämpferischen Urhebern des Gesetzes und witterten für ihre konfessionellen Schulen Gefahr und als Dritte im Bunde erschienen die Föderalisten auf dem Plane, die jedem Einzelregieren des Bundes in die Kantone abhold sind. Von einer Aktion einer einzelnen, bestimmten Partei konnte also da nicht im geringsten die Rede sein.

Rechnlich verhält es sich, um noch ein Beispiel anzuföhren, beim Referendum gegen das Zivilstands- und Ehegesetz von 1876, das 108 500 Unterschriften auf sich vereinigte. Die Einführung der obligatorischen Zivilehe, die große Freiheit in der Ehescheidung und die Erleichterung der Ehescheidung, die das Gesetz verfolgte, hatten naturgemäß in erster Linie die Katholiken zu Gegnern — bekanntlich hat ja Papst Pius IX. sogar mit einer Enzyklika in die Bewegung eingegriffen! Den Katholiken schlossen sich aber, zum Teil ebenso entschieden, die protestantischen Konservativen und überhaupt die Gegner der obligatorischen Zivilehe aller Parteilager an. Also auch hier keine Aktion einer bestimmten Partei. Ebenso wenig kann eine solche konstatiert werden in den übrigen fünf Fällen mit größerer Unterschriftenzahl.

Das Resultat des Referendums gegen die Militärorganisation läßt endlich auch einen Schluß zu auf die gegenwärtige Stärke der schweizerischen sozialdemokratischen Partei. Gewiß, die 88 235 Unterschriften stammen nicht alle von sozialdemokratischen Händen. Andererseits weiß man aber auch, daß bei weitem nicht alle Stimmberechtigten sozialdemokratischer Observanz das Referendum unterzeichnet haben. Man braucht nur die Unterschriftenzahl der Stadt Zürich anzusehen, um nach dieser Richtung hin Anhaltspunkte zu gewinnen. Hier, wo die Unterschriftenausstellung doch mit großem Eifer und mit Umsicht betrieben wurde, sind rund 9700 Unterschriften aufgebracht worden. Davon entfallen zifra 1000 Unterschriften auf einige Landgemeinden. Nun verfährt aber die Sozialdemokratie der Stadt Zürich bei Gemeindeabstimmungen, wo die Schranken der Stimmberechtigung noch dazu etwas enger gezogen sind, als bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen, über 10 800 Stimmen! Es haben demnach sicherlich wenigstens 2000 bis 3000 Sozialdemokraten von Zürich das Referendum nicht unterzeichnet und wir gehen kaum fehl, wenn wir dementsprechend annehmen, daß in der ganzen Schweiz mindestens 20 000 Parteiangehörige oder solche, die regelmäßig mit unserer Partei stimmen, nicht unterschrieben haben.

Die annähernde Mächtigkeit dieser Zahl erhellt auch aus den Zahlen der sozialdemokratischen Initiativbewegung betreffend „Das Recht auf Arbeit“ vom Jahre 1894. Damals wurden auf dem Wege der Initiative 52 887 Unterschriften aufgebracht, und in der Volksabstimmung sprachen sich dann 75 880 Bürger für das Recht auf Arbeit aus. Da Nichtsozialdemokraten für die Vorlage jedenfalls nicht eingetreten sind, so hätten also rund 23 000 Sozialdemokraten, die in der Abstimmung dafür stimmten, die Initiative vorher nicht unterzeichnet. Wenn man nun von den Militärreferendumunterzeichnern einerseits etwa 4000 bürgerliche abzieht und andererseits annimmt, daß wenigstens 20 000 Parteiangehörige das Referendum nicht unterzeichnet haben, so ergibt sich eine sozialdemokratische Stimmenzahl von rund 105 000, das ist ungefähr 17 Proz. aller Stimmberechtigten.

In dem Züricher Verichte des „Vorwärts“ in der Nummer vom letzten Sonntag wurde gesagt, es habe sich im Jahre 1895 ebenfalls um eine Referendumsbewegung gegen eine Militärvorlage gehandelt. Dies ist nicht richtig. Damals handelte es sich um eine Aenderung der Militärartikel der Bundesverfassung. Verfassungsänderungen sind aber dem Volksentscheide stets ohne Referendum zu unterbreiten. Es sollte damals durch Revision der Verfassung das Postulat der Militäreinheit derweillicht werden. Das Volk wollte davon nichts wissen, es verwarf die Revision. Heute handelt es sich um eine neue Wehrverfassung an Stelle derjenigen von 1874, aber auf Grundlage der alten Militärartikel der Bundesverfassung, also ohne Verfassungsrevision, und deshalb bedurfte es des Referendums, um die Vorlage vor das Volk zu bringen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Juli 1907.

Bismarck und das Robiling-Attentat.

Bekannt ist, daß Bismarck im Jahre 1878 die beiden Attentate des Hödel und des Robiling trefflich zustatten kamen, um die ihm allzu lästig gewordenen Nationalliberalen an die Wand zu pressen und die Bahn frei zu machen für die neue agrarisch-schuhöllnerische Wirtschaftspolitik: einen Plan, den er mit der ihm eigenen Struppellosigkeit rücksichtslos durchführte. Zwar ist die Brutalisierung der beiden Attentate durch Bismarck zur Mattigung der Nationalliberalen später von blinden Verehrern des „eisernen Kanzlers“ bestritten worden, doch sind der Zeugnisse dafür so viele, daß nur noch ganz besonders Einfältige im Geiste an den damaligen verlogenen Machenschaften Bismarcks zweifeln. Einen neuen Beitrag dazu liefern einige Briefe des nationalliberalen Parteiführers Rudolf Bennigsen, die zurzeit Dr. Hermann Nudon in der „Deutschen Revue“ veröffentlicht. In einem dieser von Bennigsen an seine Gattin gerichteten Briefe vom 16. September 1878 heißt es:

„Bismarck wird heute zurückverwartet, die Verhandlungen über das Sozialistengesetz beginnen morgen, und ich möchte doch auf alle Fälle in diesen Tagen hier bleiben, da man, wenn Bismarck an der Debatte teilnehmen sollte, auf jede Art von Zwischenfällen gefaßt sein muß. Der Schwerpunkt der Verhandlungen wird diesmal in die Kommission fallen und in die zweite und dritte Beratung auf Grund des Kommissionsberichts. Die erste Beratung hat mehr den Charakter eines allgemeinen Redeturniers. Die national-liberale Fraktion wird sich bei derselben möglichst reserviert halten, da ihr die Entscheidung schließlich zufallen wird und wir noch gar nicht wissen, was Bismarck eigentlich will, das heißt, ob es ihm darum zu tun ist, ein Sozialistengesetz zu bringen oder „uns an die Wand zu drücken“, wie sein beliebter Ausdruck sein soll. Bei der ersten Beratung beabsichtige ich zu reden.“

Eine charakteristische Anekdote in dieser Richtung wird über ihn erzählt. Als er in Friedrichsruh die Nachricht von dem Robiling'schen Attentat erhielt, soll er in Gegenwart eines zum Besuch anwesenden höheren Beamten ausgerufen haben: „Ist das die Kerle!“ und zur Erläuterung für den etwas verstäubert aussehenden Beamten hinzugefügt haben: „Ich meine die Nationalliberalen.“

Hier wird vielfach angenommen, daß der Kaiser im Herbst die Regierung wieder übernimmt. Bei seiner jedenfalls großen körperlichen Schwäche und der bedeutenden Nachwirkung auf seine geistige Mächtigkeit würde das ein ganz selbständiges Regiment Bismarck's bedeuten.“

Trotzdem v. Bennigsen selbst einfaß, daß Bismarck einem „ganz selbständigen Regiment“ zustrebe, unterstützte er dessen Plan, indem er den größten Teil der Nationalliberalen zur Annahme des Sozialistengesetzes bestimmte. Am 9. Oktober setzte v. Bennigsen selbst den „großen“ Kanzler davon in Kenntnis, daß die große Mehrzahl der nationalliberalen Fraktion bereit sei, sich dem Gebot Bismarck's zu unterwerfen und sich selbst politisch zu kastrieren, dank dem „starken Druck“, den er, v. Bennigsen, auf ihre Entscheidung ausgeübt habe.

Ein buchstäblicher Einfall.

Die ebendort von der Firma Krupp ausgehaltenen „Berliner Neuesten Nachrichten“ haben die schmurrige Entdeckung gemacht, daß unser Artikel „Arm und Reich“ in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ den „Zusammenbruch des Marxismus“ bedeute. Bewiesen doch unsere Ziffern aus der preussischen Steuerstatistik, daß die Lehren des Marx'schen „Kapitals“, daß sich in immer weniger Händen eine immer stärkere Flut des Reichtums anhäufe, unrichtig seien. Die Zahlen des „Vorwärts“ zeigten, daß von einer solchen Tendenz des Kapitalismus keine Rede sein könne, daß im Gegenteil der Anteil des Proletariats und der Mittelschichten an dem Nationalreichtum zunehme.

Wie bringen es nun die „Berliner Neuesten Nachrichten“ fertig, aus unserem Artikel einen solchen Zusammenbruch des Marxismus herauszuföhren? Höchst einfach: Sie meinen, die Tatsache, daß sich die Zahl der Jensten mit einem Einkommen von mehr als 100 000 M. von 1659 im Jahre 1892 auf 3173 im Jahre 1906 gehoben habe, beweise, daß von einer Akkumulation des Kapitals in immer weniger Händen keine Rede sein könne. Die Gelehrten der „Berliner Neuesten Nachrichten“ meinen also, daß die Marx'sche Akkumulationstheorie so zu verstehen sei, daß nicht nur das Einkommen der Reichen wachsen, sondern sich auch deren Zahl absolut verringern müsse. Diese einfältige Interpretation ist aber das uneingeschränkte Eigentum des Organs der Panzerplattenindustriellen! Für Marx und die Jensten genügte durchaus die Tatsache, daß der in den Händen einiger tausend Personen angehäufte Reichtum pro Kopf ständig und um das Vielfache stärker zunimmt, als das Einkommen der nichtbesitzenden Schichten! Diesen Beweis haben wir aber aus der preussischen Einkommensteuerstatistik erbracht. Das Durchschnittseinkommen der 3173 Jensten mit mehr als 100 000 M. Einkommen erhöhte sich von 230 000 auf 249 000 M., während das Durchschnittseinkommen der Jensten mit 900 bis 6000 M. erheblich herabging!

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ meinen ferner, die Erstarkung des Mittelstandes, die auch durchaus der Marx'schen Theorie widerspreche, gehe aus der Verrechnung der Jensten mit einem Einkommen von 3000—6000 M. von 204 000 auf 343 000 deutlich hervor, ferner habe sich ja deren Einkommen von 882 auf 1384 Millionen Mark erhöht. Ganz richtig: nur hat sich das Durchschnittseinkommen dieser Mittelstandskreise von 4100 auf 3900 M. gesenkt, doch wahrhaftig kein Beweis für die wirtschaftliche Erstarkung des Mittelstandes. Oder um es noch deutlicher auszudrücken: Die Zahl der Jensten mit einem Einkommen von mehr als 30 500 M. nahm um 8233 Köpfe zu, das Einkommen dieser Kategorie dagegen um 642 Millionen, während die Steuergruppe von 3000—6000 M. zwar eine Zunahme von 140 000 Köpfen, aber nur eine Zunahme des Einkommens von 552 Millionen aufzuweisen hatte! Ist das noch immer keine Anhäufung des Reichtums in immer weniger Händen?

Das Schwindelmandat der „Berliner Neuesten Nachrichten“ enthält sich auch darin, daß das Blatt die Senkung des Durchschnittseinkommens der Steuergruppe mit 900 bis 3000 M. von 1376 auf 1329 Mark einfach damit erklärt, daß ja „der Eintritt großer Massen solcher, die vorher unter 900 M. standen, statige, gefunden habe. Demgegenüber stellen wir fest, daß sich auch die Steuergruppe mit einem Einkommen von 30 500 bis 100 000 M. um rund 68 Proz. die Steuergruppe mit über 100 000 M. Einkommen gar um annähernd 100 Proz. vermehrt hat, also ebenfalls stark, wie die unterste Steuergruppe, ohne daß deshalb eine Senkung des Durchschnittseinkommens festgefunden hätte! Diese Erscheinung erklärt sich aber einzig durch die unerbittliche, wachsende Steigerung der Reifeinkommen eben

durch die Akkumulation des Kapitals, die die Marx'sche Theorie durchaus in Uebereinstimmung mit den Ergebnissen der preußischen Einkommensteuerstatistik behauptet!

Der sächsische Nationalliberalismus.

In der „National-Zeitung“ veröffentlicht der Landtagsabgeordnete Metzger einen Artikel in Sachen der preußischen Wahlrechtsreform. Er erklärt das Wahlrecht in seiner jetzigen Gestalt für unhaltbar. Freisinn und Zentrum wollten nun das Reichstagswahlrecht auf Preußen übertragen. Diesen Standpunkt teilten die Nationalliberalen nicht! Die Wahlrechtsreform müsse zunächst auf eine Aenderung der Wahlkreise gerichtet sein. Neben einer Neuverteilung der Wahlkreise läge auch die Vereinfachung des Dreiklassenwahlrechts in Frage. Da empfehle sich, das Dreiklassenwahlrecht abzuschaffen und es durch ein Pluralsystem zu ersetzen, bei dem der stärkeren Steuerleistung, der größeren Bildung und dem höheren Alter ein erhöhtes Wahlrecht einzuräumen wäre.

Ferner könne die indirekte Wahl beseitigt werden, zumal das indirekte Verfahren heute keine Bedeutung mehr habe. Damit werde auch Raum geschaffen werden für die Einführung der Proportionalwahl. Empfehlenswert sei schließlich auch der Uebergang zur geheimen Abstimmung.

Der Wahlrechtsreformvorschlag des nationalliberalen Landtagsabgeordneten bewegt sich also so ziemlich in den Bahnen der sächsischen Wahlreform. Die Nationalliberalen verweigern die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Sie halten fest an einem Pluralwahlrecht, durch das die Vertretung der Masse der Bevölkerung unter allen Umständen zur parlamentarischen Minderheit verdammt wäre!

Gerade diese Stellungnahme des Nationalliberalismus sollte dem Freisinn klar machen, daß er eine wirklich demokratische Umgestaltung des Landtagswahlrechts nur dann durchsetzen kann, wenn er eine Volksbewegung für die Wahlreform einleiten läßt. Im anderen Falle wird nur günstigstenfalls eine Flickreform zustande kommen, die das falsche Übergewicht der besitzenden Klasse über die besitzlose Klasse der Bevölkerung genau so sichert, wie die bisherige Dreiklassenwahl!

Beleidigungsfreiheit für Ordnungsfürsten!

Wie die „Nöln. Ztg.“ hört, hat zwischen amtlichen Stellen und dem General v. Liebert und dem Abg. Dr. Arendt ein Schriftwechsel stattgefunden wegen der herabsetzenden Äußerungen, die diese Staatsfürsten in dem Münchener Peters-Prozess über den Disziplinardienst getan hatten. Die Herren v. Liebert und Arendt sollen im Verlauf dieses Schriftwechsels ihre beleidigenden Äußerungen in aller Form zurückgenommen haben.

Diese Mitteilung soll ja wohl den Sinn haben, daß die beleidigten Disziplinardienststellen resp. ihre vorgesetzten Behörden nunmehr darauf verzichten, ein Strafverfahren gegen den Reichsverbandsgeneral und seinen Intimus Arendt zu beantragen. Das heißt mit anderen Worten, daß General Liebert und Herr Arendt hohe Gerichtshöfe beleidigen dürfen und zwar größtenteils beleidigen dürfen, ohne gerichtlich zur Rechenschaft gezogen zu werden! Denn daß die beiden Herren ihre beleidigenden Äußerungen in aller Form zurückgezogen haben, tut nichts zur Sache. In Beleidigungsprozessen gegen sozialdemokratische Redakteure wurde eine — obendrein öffentliche! — Zurücknahme der Beleidigung höchstens als mildernder Umstand berücksichtigt, ohne daß deshalb das Verfahren sei es nicht eröffnet oder gar eingestellt worden wäre! Wir gönnen ja gerne den Liebert und Arendt ein Vorrecht, das bisher nur dem antilettischen Hanswurst Bäcker seiner geistigen Unzurechnungsfähigkeit wegen eingeräumt wurde, aber wir müssen nichts desto weniger feststellen, daß beleidigte Behörden bisher stets, zumal Sozialdemokraten und Arbeitern gegenüber, eine ganz andere Praxis beobachtet haben!

Die außergewöhnliche Straffreiheit der Liebert und Arendt wird natürlich die Presorgane dieser Wiederwähler nicht abhalten, auch künftig ein wildes Geschrei darüber zu erheben, daß die Strafen für Beleidigungen von Privatpersonen oder Behörden viel zu milde seien! —

Noch ein Kronzeuge des Peters.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht einen langen wunderlichen Schreibbrief des Herrn Giesebrecht, der nach der Behauptung der Peterssippe der Gewährsmann Nebels gewesen sein sollte. Dieser angebliche Gewährsmann Nebels war dann von der Brecheliene der Peterssippe moralisch so heruntergerissen worden, daß sein halbwegs auf seine Reputation haltender Hund mehr ein Stüd Brot von ihm genommen hätte.

Leider hat nun inzwischen Nebel erklärt, daß dieser sichere Giesebrecht nicht sein Gewährsmann gewesen sei! Dringlicher Weise hat die Petersclique nun diesen selbstigen Giesebrecht, den sie selbst nach allen Regeln eines moralischen Ritualmordes geschächtet, wiederum zum Kronzeugen des Peters avancieren lassen! So druckt, wie erwähnt, das Bertelorgan einen wilden Droh- und Renommierbrief des besagten Giesebrecht ab, worin freilich nichts steht, als daß er nunmehr — auch ohne Bezahlung, man denke! — für Dr. Peters und gegen — die deutsche Regierung (!) zeugen wolle! Man werde sich wundern, „welch eine Masse Schmutz“ er dabei an das Tageslicht befördern werde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ kündigt also feierlichst an, daß derselbe Mann, den sie selbst vor Wochen noch durch alle Klauen gezerrt, der Regierung gründlichst ihre schmutzige Wäsche waschen werde!

Wir wollen die staatsverhaltende Peterssippe bei Leibe nicht bei dieser amüsanen Beschäftigung stören! —

Hausfriedensbruch bei der Reichstagswahl.

Bei der Reichstagswahl in Devese im Wahlkreise Hannover-Linden hielten sich 6 Arbeiter im Wahllokale auf, um die Wahlhandlung zu kontrollieren. Der Wahlvorsteher wies sie aus dem Lokal hinaus und erlittete obendrein Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Die königliche Staatsanwaltschaft zu Hannover, der eigentlich die geschlichen Bestimmungen des Wahlgesetzes ebenso bekannt sein sollten wie diejenigen des Strafgesetzes, erließ auch Anzeige wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und beauftragte, gegen die sechs Uebeltäter das Hauptverfahren zu eröffnen, weil sie hinreichend verdächtig erschienen: „gemeinschaftlich in einen abgeschlossenen Raum, welcher zum öffentlichen Dienst bestimmt war, nämlich in das Lokal, in welchem die Reichstagswahl in Devese stattfand, widerrechtlich eingedrungen zu sein und aus demselben, als sie ohne Befugnis darin verweilten, sich auf die Aufforderung des Berechtigten, des Gemeindevorstehers Bagmann, nicht entfernt zu haben.“

Die Strafkammer II/B des Landgerichts lehnte aber den Antrag der Staatsanwaltschaft ab, weil sie einen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch nicht entdeden konnte, und zwar mit folgender bemerkenswerten Begründung:

„Der Eintritt der Beschuldigten in das Wahllokal war deshalb kein widerrechtliches Eindringen, weil die Wahlhandlung eine öffentliche ist, zu welcher also einem jeden der Zutritt freisteht. Unbefugtes Verweilen in dem Lokal liegt schon deshalb nicht vor, weil alle Beschuldigten auf die Aufforderung des Bagmann aus dem Zimmer hinausgegangen sind. Obgleich er gab sich aber aus der Öffentlichkeit der Wahlhandlung für die — nicht etwa zur Aufrechterhaltung der Ordnung aus dem Lokal hinausgewiesenen — Beschuldigten die Befugnis, auch gegen den Willen und die Aufforderung Bagmanns in dem Lokal zu verbleiben.“

Daß in solcher Sache überhaupt noch Gerichtsentscheidungen ergehen müssen, ist, nachdem das Reichstagswahlrecht schon fast 40 Jahre besteht, eine Blamage für das Land der — „vollendetsten Rechtsgarantien“.

Arendt fühlt sich.

Herr Arendt, der geschundene Zeuge des Peters-Prozesses, läßt durch die „Tägl. Rundschau“ vernehmen:

„Für Angelegenheit Dr. Arendt — Frau Geheimrat Kayser erfahren wir, daß es dem Abg. Dr. Arendt gelungen ist, eine Reihe von Briefen und amtlichen Aktenstücken aufzufinden (darunter auch ein Brief von der Hand des verstorbenen Ministerialdirektors Dr. Kayser), welche die von Frau Dr. Kayser gegen Dr. Arendt ausgesprochenen und im Münchener Peters-Prozess beschworenen Anschuldigungen völlig widerlegen. Das sogenannte Tagebuch ist in Wahrheit ein Teil der Rede, die Herr Dr. Kayser am 19. Oktober 1896 im Kolonialrat hielt mit einer Abänderung, die zu der wirklich gehaltenen Rede wie zu den Tatsachen im vollsten Widerspruch steht. Besonders auffallend erscheint, daß das sogenannte „Tagebuch“ offenbar nicht dem Wortlaut der Rede, sondern dem Auszug aus dieser Rede entspricht, welchen die „Nöln. Ztg.“ im Dezember 1896 zum Wiederabdruck brachte. Es liegt demnach der dringende Verdacht vor, daß auch das „Tagebuch“ ebenso wie die ganze Szene am Krankenbett des Dr. Kayser nur in der Phantastie der Frau Dr. Kayser besteht. Der Abg. Dr. Arendt ist jetzt, nachdem er das Material zusammen hat, damit beschäftigt, eine eingehende Darstellung seiner Verhandlungen mit Dr. Kayser zu schreiben und an der Hand der aufgefundenen Briefe und Aktenstücke die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. Schon jetzt aber sieht fest, daß die sozialdemokratische Presse sich einmal wieder gründlich bloßgestellt hat. Die schmerzlichen Beleidigungen, die sie gegen Dr. Arendt aussprach, werden noch eine Reihe von Strafprozessen zur Folge haben.“

Herr Arendt erhebt also abermals gegen Frau Dr. Kayser den unverblühten Vorwurf, daß sie im Münchener Prozeß unter ihrem Eide erdichtete Behauptungen als Tatsachen ausgegeben habe! Herr Arendt, dessen eidlische Aussage durch die Befundungen der Frau Kayser selbst in so eigenartlichem Lichte erschien, daß es eigentlich wundernehmen muß, daß gegen ihn noch nicht das Verfahren wegen Falschheides eingeleitet worden ist, dreht also munter den Spieß um und bezichtigt die Frau des ehemaligen Kolonialdirektors des Meineides!

Die sozialdemokratische Presse steht den ihr angedrohten Injurienlagen mit größter Gelassenheit entgegen. Sie wartet es auch mit höchster Seelenruhe ab, bis Herr Arendt mit der Bearbeitung seines Materials fertig geworden ist. Dann wird sich ja zeigen, ob das von Herrn Arendt vorgetragene Material irgendwelche Beweiskraft besitzt oder ob es sich nur um eine neue Arendtsche Anekdotenliteratur handelt. Jedenfalls hätte Herr Arendt besser getan, wenn er zunächst sein Material selbst und nicht seine übelbelemundete journalistische Schwurzeugin für sich hätte sprechen lassen! —

Ein Frauenverein aufgelöst, weil ein Redner Schulverhältnisse besprach.

In der Vereinsversammlung des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse Lichtbergs äußerte am 11. Juni ein Redner in der Diskussion:

„Die Referentin hat leider nur zu recht, wenn sie die heutigen Schulverhältnisse als ungenügend hinstellt. Unsere Schulen befinden sich nicht auf der Höhe der Zeit, das beweisen die Laufende von Analphabeten. Gesangbucherje und Bibelgespräche lernen die Kinder in Hülle und Fülle, Leses- und Geschichtsstunden sind meist auch nichts weiter als Religionsstunden, und für den übrigen Unterricht bleibt zu wenig Zeit übrig.“

(Zwischenruf des Wendarmen: „Wenn der Redner so fortfährt, löse ich die Versammlung auf.“)

Unsere Schulen befinden sich in einem Zustande, der unhaltbar ist und den Zeitverhältnissen nicht mehr entspricht. Teilweise befinden sie sich in einem fast miserabel zu nennenden Zustande.“

Darauf erklärte der Wendarm: „Die Versammlung ist aufgelöst, ich ersuche die Anwesenden das Lokal zu verlassen.“

Die Beschwerde gegen diese Auflösung der Versammlung wurde vom Landrat zurückgewiesen, weil die Versammlung „politische Gegenstände erörtert habe“. Bevor noch die weitere Beschwerde und das Verwaltungsstreitverfahren gegen diese völlig ungerechtfertigte Auflösung erledigt ist, hat nunmehr der Amtsrichter durch folgende Verfügung den Verein vorläufig aufgelöst:

„Der im hiesigen Orte bestehende Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse Lichtbergs hat, wie der Bericht des Wendarmenwachtmannes Quade ergibt, in seiner Mitgliederversammlung am 17. Juni cr. mehrfach politische Angelegenheiten erörtert und dadurch die im § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1890 gegebenen Vorschriften verletzt. Der Verein wird deshalb hiermit vorläufig geschlossen.“

Ich mache darauf aufmerksam, daß jede fernere Beteiligung bei dem geschlossenen Verein mit Geldstrafe von 15 bis 100 Mark, an deren Stelle ev. entsprechende Haft tritt, bestraft wird.“

Wir zweifeln nicht, daß diese Auflösung als geschwindig aufgehoben wird. Aber für den neuen konservativ-liberalen Kurs ist es bezeichnend, daß offenbar auf höhere Anweisung hin der Versuch hat unternommen werden können, einen Frauenverein aufzulösen, weil ein Redner in einer Vereinsversammlung sich abfällig über die beschämenden Schulzustände Preußens aussprach. Der liberal-konservative Wind ist liberal genug, selbst Frauen zu gestatten, die zum Himmel schreienden Mißstände preußischen Schulwesens zu loben, konservativ aber in der Festhaltung und dem Versuch der Verewigung von Kulturschäden, unter denen die Arbeiter leiden. —

Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt hatte sich heute der Assistenzarzt Hermann Alfred Heere vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Am Sonntag, den 23. Juni, war er wachhabender Arzt im Thorer Garnisonlazarett. Gegen Abend erschien er in der Kantine und machte Einkäufe. Dabei stellte er an den Sanitäts-Gefreiten Herms das Verlangen, er solle ihm beim Schluß der Kantine den Schlüssel zu derselben übergeben. Gefreiter Herms weigerte sich, indem er behauptete, er hätte nach Anweisung seines die Kantine verwaltenden Feldwebels den Kantinenthürschlüssel nur dem General-Oberarzt auszuhandeln. Assistenzarzt Heere begab sich nun auf sein Zimmer, wo er Besuch erwartete. Da ihn die Weigerung des Sanitäts-Gefreiten ärgerte, ließ er ihn auf sein Zimmer rufen und erteilte ihm jetzt den ausdrücklichen Befehl, ihm als ausschließlichen Arzt den Kantinenthürschlüssel zu bringen. Gefreiter Herms verblieb aber

bei seiner Weigerung, trotzdem der Befehl nochmals wiederholt wurde. Da gerade zwei Damen in der Wohnung des Assistenzarztes erschienen, wurde er mit den Worten, „sich herauszuschleichen“, entlassen, aber am nächsten Tage wegen Gehorsamsverweigerung angezeigt. Zu der Untersuchung der Angelegenheit erklärte Assistenzarzt Heere, daß er den Befehl zur Schlüsselherausgabe nicht gestellt habe, um eine Revision der Kantine vorzunehmen, sondern nur, um seine Autorität als Vorgesetzter zur Geltung zu bringen.

Dem Gericht wurde angenommen, daß er seine Dienstgewalt zu Privatwecken mißbraucht habe, was das Militärstrafgesetzbuch mit Festungshaft bezw. in minder schweren Fällen mit Arreststrafe bedroht. Nach sehr eingehender Beweisaufnahme beantragte der Vertreter der Anklage 5 Tage Stubenarrest. Das Kriegsgericht war jedoch der Meinung, daß der Angeklagte sich vielleicht disziplinar, aber nicht strafrechtlich schuldig gemacht habe, und sprach ihn frei. Bemerkenswert ist noch, daß der Angeklagte nicht die Anklagebank einnehmen mußte, sondern am Verteidigerische Platz nehmen durfte, sowie ferner, daß von den vier militärischen Richtern des Gerichtshofes zwei Militärärzte waren.

Kriegsgerichte können demnach auch milde urteilen — wenn es sich um Nicht-Gemeine handelt. —

Frankreich.

Eine Korruptions-Affäre.

Paris, 23. Juli. (Sig. Ver.) Der „Matin“, der seit längerer Zeit mit dem ehemaligen Justizminister Chaumié Händel hat, produziert jetzt „Enttüllungen“ über allerlei üble Streiche, die der Kasse des Ministers, Jean Vascombes, der auch sein Privatsekretär war, verübte. Jean Vascombes hat u. a. einem als Fälscher verurteilten Weinhändler in Bordeaux einen Straußauschub erwirkt und dafür 1500 Franz bezogen! Er hat den Mann auch später wiederholt angepöppelt. Ferner betrieb er in Gemeinschaft mit seinem Bruder Paul einen schamhaften Handel mit „Palmen der Akademie“, jenen Ordensbändchen, die die Sehnsucht des französischen Speichers sind. Die beiden Jünglinge führten mit dem Ertrage dieses Schachers ein lottes Leben im Quartier Latin.

Herr Chaumié erklärt, er sei für die Leichtfertigkeit eines Durcheinanders der zur Zeit her beschriebenen Vorkommnisse noch nicht 20 Jahre gewesen sei, nicht verantwortlich. Immerhin läßt die Angelegenheit Licht auf den freilich in den Ministerien ganz allgemeinen Unfug fallen, junge Leute ohne jede Qualifikation — Jean Vascombes hat in seiner veröffentlichten Korrespondenz die größten grammatikalischen Schnitzer gemacht! — im „Kabinet“ des Ministers anzustellen. Das eigentliche Uebel dieser Einrichtung besteht darin, daß diese Leute vom Minister vor seinem Abgang gewöhnlich in irgend ein Staatsamt — in eine Unterpräfektur, in die Museumsverwaltung, in den Bibliotheksdienst und dergleichen gehoben werden, wo sie den ausgebildeten Arbeitskräften den Weg versperren.

In dem vom „Matin“ behandelten Falle wird man gut tun, das ethische Pathos dieses unsauberen Mannes von Paris mit einiger Skepsis aufzunehmen. Auch ist der Mann, der die ganze Kampagne führt, Herr Gustav Lorry, keineswegs eine Persönlichkeit, an deren ideologische Motive man ohne weiteres glaubt. Dieser sicher nicht unbegabte und vor allem sehr handwerkspolitischer Journalist hat lange Zeit der sozialistischen Partei angehört. Als Parteigenosse hat er sich noch vor einiger Zeit bei Jaurès eingeführt und das Vertrauen dieses Genossen in unanständiger Weise mißbraucht. Sein kürzlich erschienenen Buch über Jaurès ist ein ebenso leichtfertig und oberflächlich zusammengefügtes wie süßiantes Pamphlet. Herr Chaumié ist nun wohl keine besonders sympathische Figur der französischen Politik, aber vom „Matin“ und seinem Lorry angegriffen zu werden, das ist nichts, was die moralische Wertung eines Menschen ungünstig beeinflussen könnte. —

Amerika.

Zum Prozeß in Idaho. Die Haupttreiben der Anklagebehörde und der Verteidigung sind beendet. Die Verteidigung hat die Interessen der Angeklagten in glänzender Weise vertreten und alle Fäden der Verschwörung der Grubenbesitzer bloßgelegt. Die Entscheidung des Gerichts wird bald erwartet. In dem letzten Vorgespräch zwischen Staatsanwalt und Verteidiger erklärte der erstere, daß hier der wichtigste Gerichtsfall verhandelt werde, der jemals in den Vereinigten Staaten vorgekommen sei, und er bezeichnete Haywood und Genossen als „die schlimmste Bande von Verbrechern im ganzen Lande“. Er sprach so eindringlich auf die Geschworenen ein, daß die Verteidiger intervenierten, als er Orchard's Zeugnis als „durchaus wahr und in allen Hauptpunkten erwiesen“ bezeichnete.

Man muß — so scheint es — schon Dutzende von schweren Verbrechen auf dem Kerbholz haben, um einem Staatsanwalt so zu imponieren wie dieser Orchard.

Die Eisenbahnfrage. William Jennings Bryan, der Führer der demokratischen Partei, hat in einem offenen Schreiben erklärt, die Frage der Uebernahme der Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten durch den Bund werde nicht im Vordergrund stehen bei der Präsidentenwahl im nächsten Jahre! Er erkennt aber zugleich an, daß die endgültige Lösung des Eisenbahnproblems in dieser Richtung liegt. Die Hauptfrage für die Gegenwart sei aber nur eine „Regulierung“ der Bahngesellschaften durch die Bundesmacht. Neben der Eisenbahnfrage werden nach Bryan die Zölle und die Trusts bei den nächsten Wahlen die größten politischen Kämpfe hervordringen.

Bei der Eisenbahnfrage ist noch von Wichtigkeit, daß die einzelnen Staaten dem Bund gegenüber ihre Autorität geltend machen und eigene Gesetze über das Eisenbahnwesen innerhalb ihrer Grenzen erlassen. Gegenwärtig sind Konflikte zwischen Staats- und Bundesbehörden in Nord-Carolina und Virginia ausgebrochen, die ein politisches Interesse gewinnen, weil die Demokraten in diesen Staaten herrschen, und die Demokraten sind ja prinzipiell gegen den allzu haec übermächtigen Einfluß der Bundesmacht auf die Rechte der Einzelstaaten.

Aus Industrie und Handel.

Neuer Bankbruch.

Die Zusammenbrüche kleinerer Bankfirmen in Süddeutschland mehren sich. Auch über die Bankfirma August Lehmann in Schweinfurt a. M. hat der Konkurs verhängt werden müssen. Der Inhaber, Oskar Lehmann, der Sohn des Geschäftsinhabers, hat sich Unterschlagungen und Urkundenfälschungen in ansehnlichem Umfange zuschulden kommen lassen. Kurz vor seinem Verschwinden versuchte er, wie der „Nöln. Ztg.“ gemeldet wird, eine Betrügerei großen Stils, die ihm auch teilweise gelungen ist. Er hat nämlich am vergangenen Freitag, den 19. d. M., in Frankfurt a. M. an eine Reihe süd- und norddeutscher Hypothekensbanken Briefe versandt, die als von der Deutschen Vereinsbank stammend gekennzeichnet waren, genau mit den Briefbogen dieses Instituts (allerdings ohne Wasserzeichen) übereinstimmend und den gefälschten Unterschriften deren Direktoren trugen. In diesen Briefen wurde den Empfängern mitgeteilt, daß ihnen von der Deutschen Vereinsbank ein gewisser Betrag als Gegenwert von an die Firma August

Rechnung einzuführenden Hypothekobligationen auf Reichsbank-
Konto überwiesen worden sei. Einige Institute, wie die
Preussische Pfandbriefbank, die Deutsche Hypothekbank in Berlin,
die Schwarzburgische Hypothekbank, die Mitteldeutsche Boden-
kreditanstalt, die Bayerische Handelsbank schöpften Verdacht und
fragten, ob die Obligationen abhandelt, bei der Deutschen
Reichsbank wegen der angeblichen Heberweisung an; andere, wie
die Hessische Landeshypothekbank, die Süddeutsche Bodenkredit-
bank, die Bayerische Vereinsbank, die Württembergische Hypothek-
bank waren weniger vorsichtig und sandten sofort nach Erhalt
des Briefes die verlangten Obligationen ab. Auf diese Weise
soll L. nahezu 100 000 M. Obligationen ausgeliefert erhalten
haben, die er sofort lombardierte. L. scheint also auf seiner Flucht
namhafte Beträge bei sich zu führen. Anscheinend hat L. bei
seinen Betrugereien auch Helfershelfer gehabt; so wird der eben-
falls flüchtig gewordene Wegeremeister und Armeelieferant Arthur
Wendel in Schweinfurt a. M. mit dem Konturs Lehnsaad in
Zusammenhang gebracht. Wendel soll hohe Wechselkäufungen be-
gangen haben.

Der Auffangungsprozess des ländlichen Grundbesitzes durch die
Industrie nimmt, wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, in der
Essener Gegend immer größeren Umfang an. So kauften in diesen
Tagen die Rheinischen Stahlwerke einen der ältesten und größten
Bauernhöfe des Wattensteiner Bezirks in der Nähe ihrer Zeche
„Zentrum“ für 425 000 M. Bei Gladbeck ging ein anderer Bauern-
hof für 150 000 M. in den Besitz des preussischen Bergbaus über,
der an dieser Stelle eine Arbeiterkolonie von 150 Wohnhäusern
errichten will. Zu dem gleichen Zweck erwarb endlich die Gut-
hoffnungshütte bei Osterfeld ländlichen Grundbesitz für 100 000 M.

Gewerkschaftliches.

Es dümmert!

All denen, die längere Zeit in der Arbeiterbewegung
stehen, ist bekannt, in welcher niederträchtigen Weise in früherer
Zeit die moderne Arbeiterbewegung, insonderheit auch die freie
Gewerkschaftsbewegung von den sogenannten christlichen Arbeitern
und ihren Organen verleumdet und verlästert wurde. Ganz hat
das zwar auch heute noch nicht aufgehört, aber die
Anzeichen für eine beginnende Dämmerung in den christlichen
Köpfen mehren sich. Der gewaltige Erfolg der freien Gewerks-
schaften hat auch ihnen Respekt eingeflößt und sie beginnen
die wirklichen Ursachen des Erfolges zu ergründen. So schrieb
kürzlich ein vom Hittauer Bezirksverein für innere Mission
herausgegebenes „Evangelisches Gemeindeblatt für die Lausitz“
u. a. folgende Würdigung der Tätigkeit der freien Gewerks-
schaften, die vorteilhaft absieht von dem wüsten Geschimpfe
der Scharfmacher und gelben Presse:

„Seit reichlich drei Jahrzehnten hat die sozialdemokratische
Gewerkschaftsbewegung einen glänzenden Siegeszug gehalten. . .
Mit unbestrittener Beweiskraft wird diese Gewerkschaftsbewegung
alle anderen großen Organisationen weit überflügeln. (Hat sie
schon!) D. Red.) Somit werden diese Gewerkschaften für das
Vollleben zu einem wichtigen Faktor. Kein äußerlich be-
trachtet bildet diese starke Gewerkschafts-
bewegung für jeden Arbeiter und jeden Ar-
beiterfreund Grund zu lebhafter Freude. Das
törichte Gerücht von den Arbeiterführern, die sich von den Großen
der Arbeiter mühen, darf in den meisten Fällen als ein deutlicher
Beweis für großen Mangel an sozialem Verständnis und sozialer
Befähigung gelten. Die Opferfreudigkeit für seine Berufsinteressen,
womit der Arbeiter alle anderen Stände bekämpft, kann als ein
Zeichen von Intelligenz und Solidarität betrachtet werden, als
ein Stück praktischen Christentums, insofern die Opfer nur
zum geringsten Teil dem besser situierten Arbeiter zugute
kommen, meistens den untersten, am schlechtesten entlohnten Arbeit-
erschichten. Je mehr ein Arbeiter für seine Organi-
sation zahlt, desto selbstloser handelt er, desto
mehr befördert er das Wohl seiner Berufsgenossen und damit
seines Volkes, desto mehr verdient er unsere Achtung. Das muß
von allen zugestanden werden, die gerecht und vorurteillos
denken.“ — „In einer kräftigen Organisation gehören aber auch
energiefähige Führer. Ein energischer Führer muß aber
unabhängig sein; es fällt also auch der Vorwurf hin, daß
die Gewerkschaftsführer gar keine Arbeiter seien; auch die
scharfe Sprache dürfen wir ihnen nicht abel-
nehmen; der Arbeiter redet nicht die Sprache der Hofbeamten
und Diplomaten; er liebt die dreiste und offene, unter Umständen
die rücksichtsloseste Redeweise, und der häufige Kampf, den diese
Gewerkschaftsbeamten führen müssen, um für die Organisation
Vorteile zu erringen, macht notwendig scharf.“

Wie vorteilhaft sticht diese durchaus mit den tatsächlichen
Verhältnissen übereinstimmende Beurteilung ab von dem, was
man sonst von dieser Seite hört.

Aber auch die sogenannten gelben und vaterländischen
(auf Anregung des Reichsverbandes zur Verleumdung der
Sozialdemokratie gegründeten) Gewerkschaften erfahren eine
ebenso scharfe wie zutreffende Abfertigung:

„Im laufenden Jahr ist noch (neben den Hirschen und
Christlichen, D. Red.) eine Richtung, der Bund vaterländischer Gewerks-
schaften (gen. gelbe Gewerkschaften) hinzugekommen. Diese unter-
scheidet sich von den anderen hauptsächlich durch den Verzicht auf
die Hauptkraft der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf, auf den
Streik — gegen Gewährung persönlicher Vorteile von Seite des
Arbeitgebers. Dieses Verhalten wird fast in allen Arbeiter-
kreisen als Schimpf und Verrat empfunden und
deshalb dürfte dieser Gewerkschaftsrichtung
keinerlei große Bedeutung zugemessen sein.“

Wir können nicht scharfer die Arbeitervertreter brand-
marken, als es in dieser christlichen Zeitschrift geschieht. Die
Nacher vom Reichsverband hatten zweifellos gehofft, die christ-
lichen usw. Gewerkschaftler würden sie in ihrem Verleumdungs-
feldzug gegen die freien Gewerkschaften unterstützen. Sie
haben sich verrechnet und die mit dem Gelde der wirtschaft-
lichen und politischen Scharfmacher ins Leben gerufenen be-
rühmtesten Streikbrecherorganisationen werden nie irgendwelche
Bedeutung erlangen; sie werden unter der Betrachtung aller
ehrlichen Arbeiter ersicht werden und elend verreden, wie sie
es nicht anders verdienen — denn selbst die christlichen
Arbeiter wollen nichts von ihnen wissen.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf im Baugewerbe.

Die Sektion der Püher des Maurerverbandes hielt
gestern abend bei Keller in der Kopenstraße eine Generalverfam-
lung ab, in der der Vorsitzende E. Schulze über die Situation
berichtete. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gedrängt
voll. Der Redner führte einleitend aus, daß man von vornherein
in der Bauarbeiterschaft auf einen langen Kampf vorbereitet war
und daß man den Kampf auch jetzt fortsetzen werde, bis der Sieg
erreicht ist. Zum Beweise dafür, daß der Kampf für die Bau-
arbeiterschaft durchaus günstig steht, wies der Redner zunächst auf
die im „Vorwärts“ veröffentlichten, wahrheitsgetreuen Berichte
hin und teilte ferner mit, daß die Zahl der Unternehmer, die die
Forderungen der Maurer und Bauarbeiter bewilligt haben, jetzt
auf 884 gestiegen ist, darunter nunmehr 91 Mitglieder des
Verbandes der Baugeschäfte. Die 7 organisierten
Unternehmer, die seit der letzten Veröffentlichung bewilligt haben,
sind meistens große Firmen, wie denn überhaupt unter den Unter-
nehmern, die die Forderungen anerkennen, Firmen sind, die
Verantw. Redakt.: Carl Vermuth, Berlin-Nordost, Ankerstr. 10. Druck u. Verlaag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW, Tiergartenstr. 11.

eine sehr große Zahl von Arbeitskräften beschäftigen. Das Ein-
greifen der Püher zugunsten der Maurer und Bauarbeiter hat
bekanntlich sehr vorteilhaft auf die allgemeine Lage des Kampfes
gewirkt. Das zeigte sich auch darin, daß die Zahl der streikenden
Püher in der ersten Woche nach jenem Beschluß von 600 auf 272
sank. Die Bewilligungen liefen eben in außerordentlich großer
Zahl ein. Inzwischen war die Zahl der Püher, die sich zur Streik-
kontrolle meldete, in der vorigen Woche auf im Durchschnitt 406
gestiegen und am Montag dieser Woche betrug sie 408, am Dienstag
519. Man muß eben damit rechnen, und die Sektion hat auch von
Anfang an damit gerechnet, daß die Arbeitslosigkeit steigen werde
und somit auch die Zahl der Streikenden. Die Püher haben am
17. Juli eine Bautenkontrolle ausgeführt, bei der 327 Bauten er-
mittelt wurden, die für die Püherarbeit in Betracht kommen.
Auf 248 dieser Bauten waren die Forderungen der Maurer und
Bauarbeiter bewilligt und Püher tätig. Auf 18 Bauten, wo nicht
bewilligt war, arbeiteten 141 Püher als Streikbrecher. Auf
12 Bauten ruhte die Püherarbeit. 49 Bauten wurden vorgefunden,
die bis zur Püherarbeit fertig waren, aber noch nicht damit be-
gonnen war. Bei der Arbeit wurden im ganzen 2402 Püher ange-
troffen, von denen 1244 im Außen-, 1158 im Innenputz tätig
waren. Zur Streikkontrolle meldeten sich am selben Tage 387
Püher. Von den auf den Bauten tätigen Püheren waren 1648 in
der Sektion, 33 direkt im Maurerverband organisiert, 89 lokal-
organisiert, 102 im christlichen Verband und 434 waren un-
organisiert. Im übrigen wurde bei der Bautenkontrolle festgestellt,
wieviel Arbeit auf den Bauten noch für die Püher vorhanden war,
und es zeigte sich auch hierbei, daß man mit einer Abnahme der
Arbeitsgelegenheit rechnen mußte, was ja von Anfang an voraus-
gesehen wurde.

Der Redner teilte ferner mit, daß sich in letzter Zeit jene
Pühermeister vermehrt haben, die Bauten übernehmen, wo die For-
derungen nicht bewilligt sind, hier unorganisierte Püher beschäf-
tigen, auf Bauten, wo bewilligt ist, aber organisierte annehmen.
Der Beschluß der Pühersektion vom 13. Juni, bei allen solchen
Pühermeistern die Arbeit einzustellen, ist bisher mit vollem Erfolg
durchgeführt worden. Danach soll auch fernerhin, und zwar streng
verfahren werden. — Die Diskussion ergab, daß die Versammelten
sich fest entschlossen zeigten, dementsprechend zu handeln.

Achtung! Metallarbeiter! Bei der Firma Werner u.
Nenchen, Fabrik für Elektromotoren, Reinickendorf, Residenz-
straße 133a, befinden sich sämtliche Kollegen und Kolleginnen im
Ausstand wegen Nichtbewilligung der eingereichten Forderungen.
Wir ersuchen, den Zugang von Schlossern, Drehern, Mechanikern
und Arbeiterinnen fernzuhalten.

Die Kollegen der Firma Otto Hohndel u. Co., Spezialität
Transmissionsanlagen, Warschauerstr. 61, wurden wegen Ein-
reichung von Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit sowie
die Beseitigung allzu großer Rißhände ausgesperrt. Auch hier
ersuchen wir um Fernhalten des Zugangs von Schlossern, Drehern,
Schmiedern und Hilfsarbeitern.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Raulheiden!

Die Unternehmer im Baugewerbe folgen jetzt der Parole
„Schreien wir!“ Täglich erlassen sie große Plakate an den
Anschlagtafeln oder aber Nefeninferrate in der ihnen willfährigen
Presse. Den 31 Kaufmännern, die jüngst in der Presse den Rül-
schour leisteten, das Kapital unbedingt gegen den Ansturm sozialer
Betrübnis zu verteidigen, die dringend eine Verkürzung der Ar-
beitszeit fordern, haben sich jetzt nicht weniger als 315 andere an-
geschlossen, die das Bedürfnis haben, ihre soziale Rückständigkeit
öffentlich zu bekunden. Dabei besitzen sie den unfeindlichen
Humor, die Erklärung der 31 und vermutlich auch ihre eigene, der
„eigenen Entschliebung“ zuzuschreiben. Wir haben bisher ge-
glaubt, daß solche Erklärungen in der Art zustande kommen, daß
irgendein Interessent bei den Beteiligten durch Vorlegung eines
Entwurfes die Entschliebung zur Unterschrift weckt. Die Ver-
öffentlichung der Kaufmännern lehrt uns, daß spontane Kundgebungen
nicht nur in einer Menschenmenge durch schnell ausgelöste Gefühls-
kündgebungen, sondern auch plötzlich in einer großen Anzahl von
Zeitungen durch mehr oder minder wohlstilisierte Anzeigen mög-
lich sind!

Theaterjubiläum!

Wie es in Wirklichkeit bei den Unternehmern hinter den
Kulisfen aussieht, zeigt folgendes Zirkular:

Bund deutscher Zimmermeister.

Verband der Zimmermeister von Berlin und Umgegend!

Die letzte Versammlung unseres Verbandes vom 5. Juli
dieses Jahres war so überaus schwach besucht, daß die Meinung
für oder gegen die Forderung unserer Gesellen nicht als geklärt
angesehen werden kann. Bei der zurzeit vorliegenden, für
unseren Beruf so hochwichtigen Frage, ob wir die Forderung
der Gesellen anerkennen wollen oder nicht, ist eine namentliche
Zu- oder Absage dringend erforderlich.

Sie werden hiermit höflichst ersucht, frei und offen dem
Vorstande baldmöglichst, spätestens bis zum Donnerstag dieser
Woche, den 11. Juli, mitzuteilen, wie Sie sich zur Erledigung dieser
Frage stellen, damit der Vorstand in seiner Sitzung am 11. Juli
Beschluß fassen kann, und hierüber jedem Mitglied des Verbandes
bis Schluß dieser Woche Mitteilung über die Abstimmung noch
zugehen soll.

Ihr Beschluß ist so kurz wie möglich zu fassen, um ein klares
Bild über den Stand der Sache zu ergeben.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand.

J. A.: Ad. Schloepke, Vorsitzender.

Am den Zimmermeistern die „eigene Entschliebung“ nach Mög-
lichkeit zu erleichtern, ist in dem Satze: „Ich erkenne die Forde-
rung der Gesellen nicht an“, das „nicht“ mahrend fett gedruckt.
Wozu derlei, wenn man sich einig ist?

Aber die Unternehmer schreien eben in der Offenlichkeit nicht,
„weil der Mut in der Brust keine Spannkraft übt“, sondern sie
schreien aus Verzweiflung! Wenn sie dabei auch prahlend die Pöfe
des Geldtums martieren!

Lohnbewegung der Marmorarbeiter.

Die Filiale Berlin II des Steinarbeiterverbandes hielt am
Dienstag im „Englischen Garten“ eine außerordentliche Mit-
gliederversammlung ab, um den Bericht über die Verhandlungen
der Lohnkommission mit den Unternehmern entgegenzunehmen und
über die weiteren Schritte zu beraten. Die Sitzung, mit der der
nun am 31. August ablaufende Tarifvertrag vor zwei Jahren ab-
geschlossen worden ist, hat sich inzwischen aufgelöst. Eine andere
maßgebende Organisation der Marmorindustriellen besteht, soviel
man weiß, nicht. Einige der Unternehmer gehören dem Verband
der Baugeschäfte an, und sie haben, wie von ihrer Seite erklärt
wurde, von diesem Verband die Information erhalten, absolut
nicht auf die von den Marmorarbeitern geforderten Forderungen
abzugeben, sondern eine allgemeine Durchführung der Zeitlohn-
arbeit einzugehen und ebenso wenig irgendwelche
Verkürzung der Arbeitszeit zu bewilligen. In
den Verhandlungen selbst waren von 38 Unternehmern, die die
Lohnkommission geladen hatte, nur 9 erschienen. Sie erklärten
sich unter anderem Klagen über Schmutzkonzurrenz im Gewerbe
bereit, für die Marmorsteinehauer den Tarifstundenlohn von 67½
auf 70, statt der geforderten 85 Pf. zu erhöhen, den der Marmor-
schleifer von 50 auf 55 Pf., statt der geforderten 70 Pf. Von Ab-
scheidung der Akkordarbeit wollten sie nichts wissen. Bei der großen
Ausbreitung der Akkordarbeit im Gewerbe haben jene Zustände
wenig Wert für die Marmorarbeiter. Für die Verkürzung der

Arbeitszeit waren die Unternehmer ebenfalls nicht zu haben, ob-
wohl statt des 9stündigen nur der 8½stündige Arbeitstag verlangt
wird. Unter diesen Umständen haben sich die Vertreter der Arbeit-
nehmer genötigt, die Verhandlungen abzugeben. Am
Freitag dieser Woche soll nun von neuem verhandelt werden.
Seitens der Unternehmer, die an den Verhandlungen teilnahmen,
wurde der Lohnkommission nahegelegt, die übrigen Arbeitgeber
diesmal etwas „energischer“ einzuladen. Selbstverständlich hat die
Lohnkommission in dieser Hinsicht getan, was irgend möglich war.
Zu den neuen Verhandlungen hat sie alle in Betracht kommenden
40 Unternehmer dringend eingeladen.

In der Versammlung zeigte es sich, daß die Marmorarbeiter
einmütig entschlossen sind, ihren Forderungen Geltung zu ver-
schaffen. Scheitern die Verhandlungen am Freitag, so soll zunächst
einmal, wie es der Tarifvertrag vorschreibt, das Einigungsamt
des Gewerbegerichts angerufen werden. Einstimmig wurde
folgende Resolution angenommen:

„Die versammelten Steinarbeiter Deutschlands der Filiale
Berlin II nehmen Kenntnis von den Verhandlungen mit den
Unternehmern und bedauern, daß die Unternehmer auf einem
so ablehnenden Standpunkt verharren. Die Versammelten halten
nach wie vor an den einmal gestellten Forderungen fest und be-
auftragen die Tarifkommission, nur in diesem Sinne zu ver-
handeln. Sollte in der nächsten Verhandlung mit den Unter-
nehmern keine Einigung zustande kommen, so ist sofort das
Einigungsamt anzurufen.“

In die Zimmerer Berlin und der Vorortel

Hiermit machen wir darauf aufmerksam, daß unsere Berufs-
genossen in Halle a. S. über die Hannoversche Aktien-Zementbau-
gesellschaft, Arbeitsstelle Ammendorf bei Halle, Elektrochemische
Werke, wegen Lohnreduzierung die Sperrre verhängt haben.

Zugung von Zimmerern nach dort ist deshalb streng fernzu-
halten. Die Verbandsleitung.

Achtung, Herrenkonfektionschneider! Wegen Streik und Lohn-
differenzen verhängen wir über die Firma Paul Langer u. Co., Neue
Friedrichstr. 37, die Sperrre.
Verband der Schneider und Schneiderinnen. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Achtung! Maler! Die Kollegen in Brandenburg a. H.
haben am 24. Juli einmütig die Arbeit eingestellt. Die Unter-
nehmer haben in der Verhandlung 40 Pf. Minimallohn geboten
und auch ihre Innungsversammlung ist über dieses Angebot nicht
hinausgegangen, obgleich bereits ein Durchschnittslohn von zirka
42 Pf. pro Stunde gezahlt wird und nur einige Kollegen noch unter
40 Pf. Stundenlohn erhalten. Das Angebot der Unternehmer
kommt also einer gänzlichen Verweigerung zur Aufbesserung
der hier noch so niedrigen Löhne gleich.

Wir ersuchen die Kollegen, den Zugang nach Brandenburg streng
fernzuhalten. Die Bezirksleitung I Berlin.

Der Streik der Schmiedegesellen bei den Innungsmeistern in
Hamburg dauert unverändert fort. Die Meister resp. die maß-
gebenden Personen in der Innung wollen sich zu Verhandlungen
mit den Organisationsvertretern nicht einlassen. Der Stand des
Streiks ist noch derselbe wie vor zwei Wochen. Alle Anstrengungen
der Meister, von auswärtigen Arbeitskräfte zu erhalten, sind bisher
gleich Null geblieben. Mit Tamtam wurden große Plakate über
ganz Deutschland verbreitet. „Arbeitslose Schmiedegesellen können
Arbeit erhalten in Hamburg-Altona“, so kann man auf allen christ-
lichen Herbergen und Arbeitsnachweisen lesen. Die sonst so ruhe-
bedürftigen Schmiedemeister reisen von Ort zu Ort, selbst die Frau
Meisterin machte sich auf die Beine, um Arbeitswillige zu ergattern;
doch immer mit demselben negativen Resultat. Außer
einigen Lehrlingen und nahen Verwandten respektive Bekan-
nten hat man bisher nichts habhaft werden können. Die Polizei-
behörde nimmt eine außerordentlich scharfe Stellung
gegenüber den Streikenden ein. Ein ganzer Stapel Strafbefehle
von 3-20 M. harret schon der gerichtlichen Entscheidung. Während
ist es anzusehen, wie die lieben Arbeitswilligen morgens und abends
von den Polizeibeamten von und nach der Werkstatt begleitet werden.
Um die Streikenden ins Vogeln zu jagen, scheuen die gefetes-
kundigen Meister sich nicht, den Kollegen, die ihre Entlassungspapiere
verlangen, zu beschneigen, daß sie das Arbeitsverhältnis
wegen Streik gelöst haben. Es muß auch hier erst wieder
das Gewerbegericht angerufen werden, um den superklugen Meistern
zu zeigen, wie ein Entlassungsschein aussehen muß. — Von in
Betracht kommenden 451 Gesellen sind keine Hundert stehen geblieben.
Mit den zugezogenen Lehrlingen resp. Verwandten arbeiten zurzeit
102 Personen im Streikgebiet. Ein außerordentlich günstiges Er-
gebnis.

900 Tunnelarbeiter am Tauertunnel sind in den Aus-
stand getreten.

Ausland.

Eine Aussperrung in Schweden.

In 14 schwedischen Papierfabriken sind heute 3000 Arbeiter
ausgesperrt; es wird beabsichtigt, trotz der Aussperrung den Be-
trieb in den Fabriken fortzusetzen. Zugang von Arbeitern, die für
die Papierfabrikation in Betracht kommen, ist daher fernzuhalten.

Eingegangene Druckschriften.

Die Gassen, Nieren- und Nasensteine und deren einseitige Ent-
stehung sowie ihre Verhütung und Heilung. Von Dr. med. Wälfers. 50 Pf.
— Das Asthma, dessen Grundursache: Kohlenäurevergiftung und Ham-
säurevergiftung. Von Dr. med. Wälfers. 80 Pf. Leipzig, Verlag von
C. G. Neumann.

Straße über Iose Genralisation? Flugchrift Nr. 1. Herausgegeben
von der Vereinigung der Lapidarier Berlin und Umgegend. 10 Pf. Verlag:
R. Winkler, Berlin O., Frankfurter Allee 142.

Zwölf Referententafeln über die Alkoholfrage. Mit Zeitfähen
von Dr. med. Hollischer. Preis pro Tafel 1,80 M., alle zwölf Tafeln auf
einmal bezogen 20.— M. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund,
Johannes Michaelis, Berlin S. 42, Zühlen-Ufer 55.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Dienstmädchen getödt.

Marburg, 24. Juli. (W. G.) Heute mittag tödete der Schlächter-
geselle Wilhelm Lippert aus Hammover das Dienstmädchen Anna
Beder aus Elmhausen. Der Täter ist verhaftet.

Übungen im „Niederreiten“.

Straßburg i. E., 24. Juli. (W. G.) Der Ritt des 14. Badischen
Armeekorps um den Kaiserpreis, an dem sich Offiziere der Garnison
Colmar, Rülshausen und Bruchsal beteiligten, endete in Saarburg
Zünf Offizierspferde sind infolge der Strapazen verendet.

Beginn der Sommerferien im österreichischen Reichsrat.

Wien, 24. Juli. (W. T. B.) Beide Häuser des Reichsrats
haben heute die Sommerferien angetreten.

Abgefaßt.

Traunstein, 24. Juli. (W. G.) Der Bezirksassessor Speiß ist
vom Sonntagsgletscher abgestürzt und hat schwere Verletzungen an
Händen und Füßen erlitten.

Großfeuer.

Belgrad, 24. Juli. (W. T. B.) Heute nachmittag brach in
dem Magazin der serbischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft am
Sabalai Feuer aus, das ein benachbartes großes Brennholzlager
ergriff. Der Brand dauerte gegen abend noch fort.

Internationale sozialistische Frauenkonferenz zu Stuttgart.

Den Anregungen ausländischer Genossinnen folgend, beruft die Unterzeichnete im Auftrag der deutschen Parteigenossinnen hiermit die

Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen auf Sonnabend, den 17. August nach Stuttgart (Württemberg) ein.

Die Konferenz wird vormittags 9 Uhr in der Niederhalle eröffnet.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Berichte über die sozialistische Frauenbewegung in den verschiedenen Ländern.
2. Schaffung regelmäßiger Beziehungen zwischen den organisierten Genossinnen der einzelnen Länder.
3. Das Frauenstimmrecht.

Alle sozialistischen Frauen- und Arbeiterinnenorganisationen werden hiermit dringend eingeladen, ihre Vertreterinnen oder auch Vertreter zu dieser Konferenz zu entsenden.

Die Organisationen der einzelnen Länder bestimmen selbst den Modus, nach dem sie zu der Frauenkonferenz delegieren. Was die Delegation der deutschen Genossinnen anbelangt, so erfolgt sie nach den nämlichen Grundsätzen, welche für die nationalen sozialistischen Frauenkonferenzen gelten. Ratsam ist, daß die Delegierten der deutschen Genossinnen zum allgemeinen Internationalen sozialistischen Kongress auch zugleich ein Mandat für die Internationale Frauenkonferenz erhalten.

Anträge zur Tagesordnung müssen bis spätestens 1. August der Unterzeichneten eingeschickt werden. Bis zu dem nämlichen Datum sollten ihr auch Berichte über die sozialistische Frauenbewegung in den verschiedenen Ländern zum Zwecke der Drucklegung und Veröffentlichung beziehungsweise Verteilung zugehen. Geschickt das, so kann sich die mündliche Berichterstattung auf kurze Ergänzungen beschränken, und es wird Zeit für die gründliche Beratung der übrigen wichtigen Verhandlungsgegenstände gewonnen.

Die Organisationen, welche sich an der Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz beteiligen wollen, werden ersucht, ihre Delegierten bei der Unterzeichneten möglichst bald und nicht später als bis zum 7. August anzumelden.

Befestungen auf Wohnungen sind an das Lokalkomitee (S. Dieh) in Stuttgart, Furtbachstraße 12, zu richten.

Genossinnen in allen Ländern! Sorgt dafür, daß die Konferenz zahlreich besetzt wird und gute Arbeit zu leisten vermag. Durch das Band einer gleichen grundsätzlichen Auffassung verbunden, gilt es, in gemeinsamem Wirken die sozialistische Frauenbewegung in allen Ländern zu einem immer unentbehrlicheren und wertvolleren Glied des allgemeinen proletarischen Befreiungskampfes zu machen. Der Preis lohnt die Mühen und Opfer: Es ist die volle menschliche Emanzipation des weiblichen Geschlechts.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Otilie Vaader,

Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.
Berlin SW, 68, Lindenstraße 3.

Der Anarchistenkongress vor der Strafkammer.

Heute beginnt vor der Strafkammer in Mannheim der Prozeß wegen der heimlichen Abhaltung des Anarchistenkongresses am 31. März und 1. April. Angeklagt sind 29 Personen: der Schriftsetzer Heinrich Drewes aus Hannover, der Tuchmacher Paul Frauböse aus Berlin, der praktische Arzt Dr. Raphael Friedberg aus Berlin, der Uhrmacher Karl Hoffstätter aus Ludwigshafen, der Gießer Jean Imhof aus Offenbach, der Schriftsetzer Werner Karfunkelstein aus Berlin, der Bureauarbeiter Friedrich Reinstedt aus Berlin, der Handlungsgehilfe Rudolf Lange aus Berlin, der Tapezierer Philipp Müller aus Frankfurt a. M., der Hausdiener Georg Nilschewitsch aus Berlin, der Former Rudolf Destréich aus Berlin, der Schneider August Dörner aus Mainz, der Fabrikarbeiter August Hoffmann aus Offenbach, der Lithograph Friedr. Kahle aus Frankfurt a. M., der Schneider August Kettenbach aus Wiesbaden, der Tapezierer Karl Kiehmeyer aus Berlin, der Schneider Karl Kienle aus Stuttgart, der Schneider Franz Klingner aus Elberfeld, der Schmiedegehilfe Emil Koch aus Gießen, der Schreiner Emil Lorenz aus Mannheim, der Schuhmacher Albert Martmüller, der Expedient Josef Dörner aus Berlin, der Geiger Heinrich Riehmeyer aus Heilbronn, der Dreher Otto Stehmann aus Mannheim, der Hilfsarbeiter Reinhold Voigt aus Frankfurt a. M., der Redakteur Otto Weidt aus Berlin, der Dreher Wilhelm Klippner aus Mainz, der Maurer Ernst Witte und der Schlosser Friedrich Widner, beide aus Berlin. Die Anklage behauptet, die Angeklagten hätten sich gegen das badiische Vereinsgesetz vergangen. Nach dem badiischen Vereinsgesetz bedürfen Volksversammlungen nur dann einer vorherigen Anzeige bei der Polizeibehörde, wenn sie unter freiem Himmel stattfinden. Einer Genehmigung bedürfen auch solche Versammlungen nicht. Jedoch darf jede Versammlung, gleichviel, ob sie unter freiem Himmel oder unter Dach und Fach stattfindet, von der Staatspolizeibehörde zum voraus verboten oder nach dem Zusammentreten vom Vertreter der Polizei aufgelöst werden, wenn die Versammlung den Staatseigenschaften oder der Sittlichkeit zuwiderläuft oder den Staat oder die öffentliche Sicherheit gefährdet. Der von den Anarchisten für den 31. März und 1. April nach Mannheim geplante Kongress wurde, wie erinnerlich — wohl auf preussische Anregung hin — von der Mannheimer Polizeibehörde verboten, weil durch Abhaltung der Versammlung die Sicherheit gefährdet werden könnte. Die Kongressflüchtigen wollten nunmehr außerhalb Mannheims lagern. Sie gelangten auf ihrer Lokalfahrt nach dem Lokal „Jägerlust“ an der Seddenheimer Landstraße. Dies Lokal liegt abseits, aber entgegen der Annahme der Angeklagten noch auf Mannheimer Gebiet. Die Anklage nimmt an, die Angeklagten hätten sich dem Lokal „Jägerlust“ zum Mannheimer Gebiet sei den Angeklagten bekannt gewesen oder hätte ihnen bekannt sein müssen. Dort sei eine Versammlung abgehalten, aber auch schon vorher habe in oder bei Mannheim eine Versammlung unter freiem Himmel stattgefunden. In diesen Versammlungen hätten die oben zuerst aufgeführten elf Angeklagten als Redner, Frauböse als Veranstalter, die übrigen 18 Angeklagten als einfache Teilnehmer teilgenommen. Es müßten daher die Vorschriften des § 18 Abs. 1 und 2 des badiischen Vereinsgesetzes in Anwendung kommen. Durch dies Gesetz ist mit Geldstrafe bis 150 Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen bedroht, wer an einer verbotenen Volksversammlung oder an einer nicht angezeigten Volksversammlung unter freiem Himmel als einfacher Teilnehmer in Betracht kommt; Geldstrafe bis zu 500 M. oder Gefängnis bis zu sechs Monaten ist gegen die Veranstalter, Leiter oder Redner nicht angemeldeten Volks-

versammlung unter freiem Himmel, endlich Gefängnisstrafe von mindestens sechs Wochen gegen die Veranstalter, Leiter oder Redner in einer trotz obrigkeitlichen Verbots veranstalteten Volksversammlung vorgezogen.

Zu der Verhandlung sind 28 Zeugen geladen, 7 sind bereits kommissarisch vernommen.

Die Anklage scheint auf außerordentlich schwachen Füßen zu stehen. Sie wäre schwerlich erhoben, wenn nicht einige Teilnehmer des Kongresses sich den „Scherz“ geleistet hätten, nach Schluß der Verhandlungen vom Lokal „Jägerlust“ aus der Polizeizentrale telephonieren, der Kongress habe stattgefunden, sei gut abgelaufen, sie wünschten der Polizei frohe Feiertage. Die Polizei machte sich natürlich sofort auf die Strümpfe und sistierte noch in „Jägerlust“ einige der nun Angeklagten, die von dem Telephon „M“ keine Ahnung hatten. Nunmehr wurde die äußerst harmlose Sache zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebaut. Dr. Friedberg und Karfunkelstein wurden — u. E. ohne jeglichen Grund — wegen vermeintlicher Domizillosigkeit verhaftet und erst nach einigen Tagen gegen eine Kaution von 500 M. aus der Haft entlassen. Die Kriminalpolizei Deutschlands wurde in Bewegung gesetzt. Bei einer Hausdurchsuchung in Berlin wurde eine Postkarte aus Mannheim vorgefunden: die auf der Karte Unterschriften wurden gleichfalls angeklagt. Hauptbeweismittel in der Verhandlung sind eine Reihe Artikel im „Revolutionär“ und „Freien Arbeiter“, in denen über den harmlosen Kongress berichtet und über vermeintliche Rasfährungen der Polizei gefrotzelt wird — ein recht unzuverlässiges Beweismaterial.

Der große Umfang der Anklage steht in auffallendem Gegensatz zu der Bagateltnatur der Anklage selbst. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

Aus der Partei.

Die Berichte für den Internationalen Kongress. In einer Münchener Parteiverammlung führte Genosse Adolf Müller nach dem Bericht der „M. Post“ u. a. aus: Er bedaure, daß der Geschäftsbericht des Internationalen Bureaus nur in französischer und nicht auch in deutscher Sprache abgefaßt wurde, wodurch dieses wertvolle Material für die deutschen Genossen nahezu verloren gehe. Der Parteivorstand werde wohl das Verfaßte noch nachholen.

Wir teilen hierzu mit, daß ein deutscher Sammelband der Berichte der dem Internationalen Bureau angehörenden Parteien bereits im Druck ist und den Delegierten nach Fertigstellung zugehen wird. Da die meisten Berichte nicht auch in deutscher Sprache geliefert wurden, so verzögerte sich naturgemäß die Herausgabe dieses Bandes um die Zeit, die zur Uebersetzung der Berichte nötig war.

Parteiverammlung in Leipzig-Stadt.

Ueber die Aufgaben des Internationalen Kongresses sprach in einer Parteiverammlung des 12. sächsischen Reichstagswahlkreises Gen. Herm. Wendel. Nach dem Referat wurde ohne weitere Diskussion die in den Berliner Parteiverfassungen angenommene Resolution einstimmig akzeptiert. Auf Vorschlag des Vorstandes werden zwei Delegierte nach Stuttgart entsandt, und zwar die Genossen Karl Kautsky und Buhl.

Die bevorstehende Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie erörterte Gen. Weyer; die Mandate zu dieser Tagung wurden den Genossen Weyer, Kleemann und Kurze übertragen.

Zur Frage des Preßbureaus. Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse hatte geglaubt, eine „nicht öffentliche“ Besprechung dieser Parteiangelegenheit durch Veröffentlichung des Entwurfs der fünf Genossen in den Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse einleiten zu können. Bürgerliche Blätter, wie die „Tägliche Rundschau“ und die „M. Westf. Zig.“, sind jedoch bereits in der Lage, den Inhalt des Entwurfs ausführlich wiederzugeben zu können. Diese „Entwürlungen“ sind ja an und für sich belanglos, da erfreulicherweise die Befürchtung des „Halleischen Volksblattes“, die Partei könne durch Bekanntwerden der Details des Entwurfs irgendwelchen Schaden erleiden, nicht zutrifft. Die Veröffentlichungen der genannten Blätter sind nur charakteristisch für ihre janusköpfige Spitzbubenmoral, die nicht das mindeste Bedenken hegt, Mitteilungen, die ihnen nur durch Vertrauensbruch oder „Diebstahl“ in die Hände gefallen sein können, öffentlich zu verwerthen, sich dabei aber über ähnliche Veröffentlichungen der gegnerischen Presse sittlich entrüstet.

Von Aeußerungen der Parteipresse in Sachen des Preßbureaus tragen wir noch die beiden folgenden nach: Die „Leipz. Volkszeitg.“ schreibt in einer Polemik gegen den leitenden Redakteur des „Halleischen Volksblattes“:

„Jedoch können wir nicht ganz schweigend an dem Vorwurf der wissenschaftlichen Unwahrheit vorübergehen, den der Vorsitzende des Vereins Arbeiterpresse gegen uns erhebt. Er sagt von unserer Zeitung:

„Sie schreibt, der Entwurf könne für die Zukunft der Parteipresse von verhängnisvoller Bedeutung werden“ und laufe darauf hinaus, die Befugnisse des Parteivorstandes zugunsten des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse einzuschränken.“ Beide Behauptungen bleiben ohne jede Begründung und sind mit des stärksten, was sich die „Leipziger Volkszeitung“ in Sachen übelwollender Polemik geleistet hat.“

Wir verzichten, wie gesagt, gern darauf, dem Vorsitzenden des Vereins Arbeiterpresse in dem gleichen Tone zu erwidern, aber er zwingt uns, die altentwöhnten Weise für unsere Behauptung beizubringen. In dem Entwurf, um den es sich handelt, heißt es unter der Rubrik Informationsdienst unter anderem:

„Die Aufgabe dieses Dienstes soll sein, die Parteipresse nicht nur über die tatsächlichen Vorgänge zu unterrichten, sondern auch über die Unternehmungen der Politik, über das, was im Werke ist.“

Hier wird mit dürren Worten jene Nachrichtenknüffelei befürtwortet, die unter den Ursachen der bürgerlichen Preßkorruption in erster Reihe figurirt und, um nur ein Beispiel anzugeben, aus dem größten Organ der bürgerlichen Demokratie, der „Frankfurter Zeitung“, die lauteste Reklamierkompete des reaktionärsten Ministeriums Wälow gemacht hat. Jeder, auch der schärfste Schritt auf dieser Bahn, ist für die Parteipresse verhängnisvoll und bedroht sie mit den schwersten Gefahren.

Ferner sollen wir wider die Wahrheit behauptet haben, daß der Entwurf die Befugnisse des Parteivorstandes zugunsten des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse einzuschränken beabsichtige. Lassen wir auch hier den Entwurf selbst sprechen:

„Wir schlagen daher vor, dem Vorstand des Vereins Arbeiterpresse die technische Einrichtung des Bureaus, Anstellung der nötigen Redaktionskräfte für das Bureau und die händige Kontrolle des Bureaus zu übertragen. Die gesamte Einrichtung

soll im Einvernehmen mit dem Parteivorstand geschehen. Die Redakteure des Bureaus bedürfen der Bestätigung durch den Parteivorstand. Als Organ zur Besprechung aller Angelegenheiten, die das Bureau betreffen, dienen die Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse. Der Vorstand des Vereins erstattet auf der Generalversammlung alljährlich Bericht über den finanziellen Stand und die Entwicklung des Bureaus.“

Während nach unserem Organisationsstatut dem Parteivorstande die technische Einrichtung des Bureaus, die Anstellung der nötigen Redaktionskräfte und die ständige Kontrolle des Bureaus zustehen würde, soll alles das — bis auf einen Punkt — einem privaten Verein überlassen werden, der überhaupt keine Stelle in unserer Organisation besitzt und trotz mehrjähriger Bestehens noch nicht dazu gelangt ist, anders als durch „Zufall“ seinen Vorstand zusammenzusetzen. Immerhin soll der Parteivorstand noch ein Bestätigungsrecht für die angestellten Redakteure erhalten, wogegen ein Mitarbeiter an dem Entwurf geltend macht, das würde leicht zu Kompetenzkonflikten und sonstigen Reibereien führen; er schlägt deshalb vor, dem Parteivorstand das Anstellungsrecht, dem Verein Arbeiterpresse aber das Vorschlagsrecht zu geben, was natürlich zu den gleichen Kompetenzkonflikten und Reibereien führen würde. Das scheint denn auch ein anderer Mitarbeiter an dem Entwurf eingesehen zu haben, und er zerhaut den gordischen Knoten, indem er dem Parteivorstande das „lästige und schwierige“ Bestätigungsrecht überhaupt abnehmen, ihn also auch aus dem gemüthlich-harmlosen Altenteil hinauswerfen will, das ihm der Verfasser des Entwurfs noch eingeräumt hat.“

Ferner schreibt das „Hamburger Echo“ im Anschluß an die Erklärung des Parteivorstandes:

„Zur Sache selbst, um die es sich handelt (prompte Information über ganz wichtige Ereignisse in der allgemeinen Politik wie im Parteileben), möchten wir einige Worte bemerken. Der im Organ des Vereins „Arbeiterpresse“ beroffentlichliche Entwurf sieht ein eigenes Bureau vor, das mehrere Personen beschäftigen soll. Wir sind überzeugt, daß sich die Institution, wenn erst geschaffen, bald sehr in die Breite auszuweiten würde, daß zu den Korrespondenzen, die jetzt schon sich eingebürgert haben, durchaus nicht zum Vorteil der Selbständigkeit der Parteipresse, sich eine weitere umfangreiche Korrespondenz gesellen würde, die die jetzt schon unangenehm auffallende Uniformität eines erheblichen Teils unserer Presse noch weiter steigern müßte. Da wäre es schließlich einfacher und billiger, eine sogenannte „Normalzeitung“ herauszugeben mit Raum für lokale und provinzielle Nachrichten und für Anzeigen!“

Worum es sich unseres Erachtens für die Partei nur handeln kann und darf, das ist die Uebermittlung der wichtigsten Nachrichten auf dem kürzesten und zuverlässigsten Wege, also telegraphisch. Eine Bearbeitung derselben soll und muß, wenn wir noch auf eine selbständige Presse Wert legen, jeder Redaktion überlassen werden. Die auch von uns gewünschte schnelle Information, unabhängig von den kapitalistischen Depeschagenturen, könnte und sollte aber vom Parteivorstand geleistet werden. Die Verstärkung des Parteibureaus um eine in der allgemeinen Politik versierte Person wäre allerdings notwendig, aber auch nicht nur wegen des Preßinformationsdienstes sehr nützlich. Selbstverständliche Voraussetzung entsprechender Tätigkeit dieses Parteifunktionsärs wäre der stete Konnex mit der Redaktion des Zentralorgans. Wenn dann auch die Redaktionen aller Parteiblätter an der Verbesserung des Informationsdienstes fleißig arbeiteten, in der Weise, daß sie besonders wichtige Dinge aus ihrem Bezirk sofort dem Parteivorstand telegraphisch übermittelten, so ließe sich wohl etwas Praktisches schaffen.

Wir betonen, daß es sich lediglich darum handeln dürfte, Meldungen zu übermitteln, und nicht Meinungen. Die Meinungsfabrikation en gros ist der Partei nicht erwünscht und es sollte verhindert werden, daß unsere Presse sich darauf verläßt. Deswegen sind wir gegen ein halb oder dreiviertel selbständiges Bureau, das notwendigerweise über kurz oder lang zu einer Meinungsfabrik werden würde. Sind Personen, sind Gelder so reichlich vorhanden, so sorge man für Verstärkung der einzelnen Redaktionen. Es brauchen ja nicht alle Parteintelligenzen in Berlin zu einer „Lichtquelle“ konzentriert zu werden.“

Wir haben bereits gestern erklärt, daß wir eine eigene Stellungnahme zur Frage des Preßbureaus bis zur Veröffentlichung des Entwurfs des Parteivorstandes vertragen werden. —

Die Landeskonferenz der reichsländischen Sozialdemokraten

wurde am Sonntag in Straßburg i. E. abgehalten. Aus 36 Orten waren 90 Delegierte erschienen. Als Vertreter des Parteivorstandes wohnte Genosse Molkenbühr den Verhandlungen bei.

Der Bericht des Landesvorstandes, den Genosse Peirotes erstattete, erstreckt sich über einen Zeitraum von 1 1/2 Jahren: Die Organisation, die erst im Dezember 1905 nach der Schaffung des neuen elsch-lothringischen Vereinsgesetzes gegründet wurde, hat sich gut entwickelt, wenn auch noch ein weites Arbeitsfeld zu bebauen bleibt. Die Agitation für die Presse und die Verbreitung derselben läßt noch zu wünschen übrig. Der Berichterstatter bespricht in längeren Ausführungen den Plan, die Preßverhältnisse im Saargebiet und in Lothringen dergestalt zu regeln, daß für diese beiden Bezirke ein neues Organ geschaffen werde; er empfahl eine Resolution, die sich für die beiden Bezirke mit der Schaffung eines Kopfblasses, welches in Straßburg hergestellt wird, einverstanden erklärt. Das Blatt soll in ganz besonderem Maße die Verhältnisse der Berg- und Hüttenarbeiter berücksichtigen. Auch die Herausgabe eines Wochenblattes sei, so führt Peirotes aus, unbedingt notwendig; ein entsprechender Antrag ist vom Parteivorstand in Berlin abgelehnt worden. Bei den verschiedenen Gemeinderats-, Bezirkstags- und Reichstagswahlen hat die Partei — mit Ausnahme der Gemeinderatswahl in Mülhausen — gut abgeschnitten.

Der Kassenbericht schließt bei einer Einnahme von 1838,58 M. und bei einer Ausgabe von 1005,20 M. mit einem Bestand von 231,38 M. ab.

In der Diskussion, die sich in der Hauptsache um die Agitation drehte, bemerkte u. a. Genosse Molkenbühr, daß man mit der Gründung von neuen Blättern vorsichtig vorgehen müsse; er verkenne aber nicht, daß ein französisches Wochenblatt ein wichtiges Agitationsmittel sei. Für die Lothringer Gegend und für das Saargebiet müsse infolge der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit dieser Gebiete ein einheitliches, besonderes Organ geschaffen werden; wo dasselbe gedruckt werde, das hänge von verschiedenen Umständen ab.

Die Resolution in der Preßangelegenheit wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag, bei Wiederzusammentritt des

Landesausschusses im nächsten Jahre eine Wahlrechtsdemonstration zu veranstalten.

Genosse Emmel-Mühlhausen referierte sodann über die Stellungnahme zu den nächstjährigen Gemeinderatswahlen. Er empfahl, die Gemeinderatswahlen im Jahre 1908 im ganzen Lande zu einer prinzipiellen Agitation zu benutzen, die auch überall dort einzusetzen hat, wo keine sozialdemokratischen Kandidaten aufgestellt werden.

Eine längere Debatte entspann sich noch über die Schaffung eines neuen Organisationsstatuts, welches sich notwendig macht infolge des Entschlusses des Oberlandesgerichts, daß die Kreiswahlvereine angemeldet werden müssen, während bisher nur die drei großen Bezirksvereine Straßburg, Mühlhausen und Reß angemeldet waren.

Es wurde noch beschlossen, einen Parteisekretär mit dem Sitze in Kolmar anzustellen. Als Delegierter für den internationalen Kongreß wurde Genosse Pirottes gewählt, als Landesvorort Straßburg, als Ort der nächsten Landeskonferenz Kolmar.

Flugblattverbreitung keine Sonntagseheiligung. Mehrere Parteigenossen in Neuch hatten polizeiliche Strafmandate erhalten, weil sie am Sonntag, den 30. Dezember 1906, in Wickath Flugblätter verbreitet hatten.

Soziales.

Ein neues Mittel, ländliche Kräfte zu pressen.

Nach dem Handelsvertrag mit Rußland haben Russen das Recht, sich in Deutschland aufzuhalten. Unsere Agrarier nehmen an, das Recht stehe ihnen nur zu, wenn die Russen Feld- oder Ackerbauarbeit verrichten.

Sie werden hierdurch aufgefordert, ihre Beschäftigung bei... spätestens innerhalb acht Tagen anzugeben und in einem landwirtschaftlichen Betriebe, in dem ihre Beschäftigung zugelassen ist, Unterkunft zu suchen.

Industrielle Arbeiter, die als Streikbrecher herübergezogen sind, läßt man ungehört. Der preußische Minister ersucht gar, bei Kanalbauarbeiten auswärtige Arbeiter zu bevorzugen, damit nicht heimische ländliche Arbeiter oder heimische Industriearbeiter ihr Brot außerhalb ländlicher Gebilde finden.

Die Puherkolonie als Gesellschaft.

Das Berliner Gewerbegericht hatte gestern wiederum unter Vorsitz Dr. Prerauers über Klagen zu entscheiden, die aus einem Puharbeitsvertrage herrühren. Die Puhar Wartenberg und Ringwald beantragten jeder von dem Maurermeister Otto Beste 40 M. Lohn aus einem Nachschuß für Puharbeit.

Der Einwand, der Puharbeitsvertrag sei ein Gesellschaftsvertrag, wurde vom Beklagten selbst nicht erhoben. Das Gericht kam jedoch nach längerer Beratung wiederum zu derselben Entscheidung, wie sie zuletzt am 19. Juli im "Vorwärts" mitgeteilt wurde.

Zur Zurückziehung der Klagen erklärten sich die Kläger nicht bereit. Sie wurden darum abgewiesen mit ihren Klagen, so daß sie nunmehr das Landgericht anrufen werden.

Abgabe von Arzneimitteln durch die Krankenkassen.

Das Kölner Oberlandesgericht hat, wie die "Frankf. Zig." mitteilt, vor einigen Tagen die strittige Frage, ob Kassen an ihre Mitglieder Arzneimittel abgeben dürfen, in einem den Kassen günstigen Sinne entschieden.

Nach § 367 Ziffer 3 des Reichsstrafgesetzbuches wird derjenige mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft, der ohne polizeiliche Erlaubnis Gifte und Arzneien, soweit er Handel mit ihnen nicht freigegeben ist, zubereitet, feilhält, verkauft oder sonst „an andere überläßt“.

Städtische Unterstützung der Guttempler.

Die städtischen Kollegien in Flensburg beschloßen in ihrer letzten Sitzung, dem vom 24. bis 30. Juli d. J. in Flensburg stattfindenden Abstinenztag und der 18. Jahresversammlung von Deutschlands Großloge II des Internationalen Guttemplerordens einen Kostenzuschuß von 1500 M. zu bewilligen.

Gerichts-Zeitung.

Zum Wert von Kinderausagen.

Die Unzuverlässigkeit der Aussagen von Kindern insbesondere über geschlechtliche Dinge ist jedem Arzt und Psychologen bekannt. In noch weit stärkerer Maße als bei Erwachsenen wird oft das von der Phantasie erkundene Bild für wirkliche Wahrnehmung gehalten.

Zur Haftung des Radlers.

Wie vorsichtig Radfahrer sein müssen, um nicht für Unfälle haftbar gemacht zu werden, ergibt folgender in allen Instanzen zugunsten des Radfahrers entschiedener Rechtsstreik.

Die von ihm gegen den Radler geltend gemachten Schadenersatzansprüche wurden vom Landgericht Rempten für begründet erachtet. Auch das Oberlandesgericht Augsburg entschied im selben Sinne.

Beweiswürdigung beim Dienstvertrag.

Ein Dienstvertrag (Arbeitsvertrag) bedarf zu seiner Gültigkeit keiner Schriftform. Ist aber die Schriftform gewählt, so kann der schriftliche Inhalt zwar durch mündliche Abreden geändert oder eingeschränkt werden; daß solche Änderungen vereinbart sind, hat aber die Partei zu beweisen, die aus ihnen Rechte ableiten will.

Diese für alle Verträge aus allgemeinen Rechtsregeln folgenden Rechtsnormen hat jüngst das Reichsgericht auch als auf den Dienstvertrag anwendbar bezeugt. Dem vom Reichsgericht in letzter Instanz entschiedenen Fall lag folgender Tatbestand zugrunde.

Das Landgericht und das Oberlandesgericht kamen zur Verurteilung der Beklagten. In den Gründen wurde ausgeführt, die Firma habe damals das klägerische Schreiben anerkannt und sich mit den Forderungen desselben einverstanden erklärt.

Diese Zuschreibung der Beweislast wurde von der Beklagten in der von ihr gegen das oberlandesgerichtliche Urteil eingelegten Revision beim Reichsgericht angegriffen.

Die Geheimnisse eines Schlächterladens

enthalt eine Verhandlung wegen Verfälschung von Nahrungsmitteln vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte. Die Anklage richtete sich gegen den Schlächtermeister Georg Kohn, der in der Glogauerstr. 28 eine Wadenfleischerei betreibt.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 21. Juli, verstarb unser Mitglied, der Präses Max Anders, Turnstr. 54.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege Johann Baum, Brangelstraße 12, am 22. d. M. verstorben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungssitz Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Max Anders am 21. d. M. an Herzleiden gestorben ist.

Dankjagung. Für die liebenswerten Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Bekannten und Freunden meinen innigsten Dank. Wwe. Minna Kühnel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungssitz Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Wilhelm Knop am Dienstag, den 28. d. M., gestorben ist.

Dankjagung. Für die so herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau Auguste Schulz, sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank. Richard Schulz, Altmöhr.

Hygienische. Reichel's Wanzenfluid. Spezialmittel der Welt. Sozial Hygienisch, kein Abstrich. Für Erfolg Garantie.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 25. Juli. Anfang 8 Uhr.
Neues Igl. Operntheater. La Traviata.
Deutsches. Der Jongleur.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Jessonda.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) Kritik-Pyrik.
Neues Schauspielhaus. Naffies.
Kleines. Boz und Sohn.
Neues. Ein seltsamer Fall.
Komische Oper. Figaros Hochzeit.
Westen. Die lustige Witwe.
Lustspielhaus. Die Welt ohne Männer.
Bernhard Hofe. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nachmittags 4 1/2 Uhr: Ein toller Esemann. Ne seine Nummer.
Die Gauslerin.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Apollo. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.
Wallhalla. Spezialitäten.
Polles Caprice. Geisterhaus. — Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichshallen. Winter-Tymian.
Bajazzo. Spezialitäten.
Urania. Taubentstraße 48/49.
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Sternwarte. Invalidentheater. 57/62.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater.)
Morwigo-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Jessonda.**
Oper in 3 Akten von Louis Spohr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gastspiel der groß. Sopranistin Gertrud Runge v. Hoftheater in Weimar **Carmen.**

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gastspiel der groß. Sopranistin Gertrud Runge v. Hoftheater in Weimar **Traviata.** (Die Kameliendame.)
Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr: **Kyrik-Pyrik.**

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Vater und Sohn.
Morgen und folgende Tage:
Vater und Sohn.

Lustspielhaus.
Anfang 8 Uhr.
Die Welt ohne Männer.
Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Das große unübertreffliche komische Programm. u. a.: Jean Paul, Humorist.
Jean Clermonts Richis-Parodie **Barum u. Weisid.**
10 Uhr:
Der Clown der Sommerzeit!
Hartstein
in seiner Burleske
„Der Hochzeitsgast“ als Erbsvater Lehmann.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:
Das erstklassige Juli-Programm.
Sperlich 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Zum 51. Male:
Der große Unbekannte.
Sommerpreise.

Belle-Alliance-Garten
6 Uhr: Konzert und Variété.
Ringkampf.
Konkurrenz. 3000 Mk.
Belampfe:
Redungen von Albert Sturm, Heuer, Belling, Kardinosket, Tebie, van Duf usw. usw.

Reichshallen-Theater.
Gastspiel des berühmten **Winter-Tymian**
mit seiner Herren-gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
1. Aug: Wiederbeginn der Söhne der Stadt. Sänger.

Freie Volksbühne

Alle diejenigen Mitglieder, welche auch in der nächsten Saison dem Verein angehören wollen, müssen eine diesbezügliche Erklärung sofort in ihrer Zahlstelle abgeben. Umschreibungen in eine andere Zahlstelle sind nach Abholung der neuen Karten aus der bisherigen Zahlstelle nur in den Monaten Juli und August zu bewirken.
Anmeldungen zur 19. und 20. Abteilung werden, soweit noch Raum vorhanden, in allen Zahlstellen angenommen. Das Einschreibegeld und der Beitrag (30 Pf.) ist bei der Anmeldung bis zur Aufnahme durch den Vorstand in der Zahlstelle zu hinterlegen. 229/12*
Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachm. 5 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Brunnen-Theater

Babstraße 55. Direkt.: Bernh. Roso.
Täglich: Mit großem Erfolge:
Carmen.
Spezialitäten ersten Ranges. The 3 Miltons. P. Vendaro. Roberts Comp. Neitzel-Luri-Trio. Gebr. Damm, kom. Akrobaten. Artur Wolff, Ringkampfs-Parodist. Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Heute: Großer Ball.

Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße 57.
Sonnabend, den 3. August:
Wieder-Eröffnung.
Premiere von **Madame Wig-Wag.**
Operetten-Burleske von Anton u. Donat Herrnfeld. Musik v. L. Stal. Dazu die Separat-Auffäre
Es lebe das Nachtleben!

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Dammstr. 16.
Benefiz für die Hauskapelle:
Nur einmalige Aufführung. 8 Uhr:
Ein treues Menschenherz.
Dazu die vorzügl. Spezialitäten.
Anf. 6 Uhr. Kaffertische v. 3 Uhr ab. Ball.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Verwandlungskünstler **Arturo**

Bernardi.

Berlins schickste Sourette
Ida Perry
14 Variété-Sensationen 14

Volksgarten-Theater.

Bad-Behnstraße — Bahnhof Gesundbrunnen — Belleriansstraße.
Der rechte Weg.
Original-Goldstück mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von E. Geride.
Hierzu:
Das neue
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Vollbelustigungen.

Prater-Theater.

Stastanen-Allee 79.
Flotte Weiber.
Spezialitäten 1. Ranges. Auftritten der Löwenbraut **Tilly Bébé** mit ihren drei Schwern. Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

fröh. Bühmann. Schön. Allee 148. Kleinstes Volkstheater Berlins.
Heute Donnerstag:
Benefiz für Alfred Sommerfeld.
Einmalige Aufführung:
Die Tochter der Freiheit.
Goldstück mit Gesang in 3 Akten. Im Saal: Gr. Sommerfestball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Achtung! Heute Sommerabend, den 27. d. M.: Gr. Sommerfest! Alle ausgegebenen Ehren- und Freikarten haben Gültigkeit.

Walhalla-Variété-Garten

Wetbergsweg 19/20, Stoenitz. 40r.
15 Juli-Spezialitäten.
Promenaden-Konzert.
Anf.: Konzert 8; Vorstellung 7 Uhr.
Bei unangenehmem Wetter Vorstellung im Theater 8 Uhr.
Keine Sommerpreise.

Sanssouci, Kottbusser

Strasse 8. Direktion: Wilhelm Kolmer. Bei günstiger Witterung a. der Gartenbühne. Heute sowie jeden Sonntag und Montag: **Hoffmanns Norddeutsch-Sänger u. Tanzkränchen.** Ständlich Erfolg! Ständlich im Theater. Hoffe in 1 Akt.
Sonntag Beginn 5, wochent. 8 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater

Gartenheide 13/15. Kritische Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffertische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

Schweizergarten

Am Königstor. Am Friedrichshain. Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
Täglich:
Theater-Vorstellung. Neue Spezialitäten. Kinematograph und Ball. Freier Damentanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Otto Pritzkow Münzstraße 16.

Welt-Ausstellungs-Biograph. (St. Louis) Theater lebender Photographien. Täglich Eingang von Neuheiten. Den ganzen Tag Vorstellung.

Neu! Neu! Jeden Montag und Freitag:

Dampfer-Extrajahrt nach Heidesloh Hohenbinde **Zum Gutenberg.**
Schönster Punkt der Obersee, herrlich im Walde gelegen. — Abfahrt Berlin von der Wallenbrücke, Ecke Stralauerbrücke 10 Uhr morgens. Vom Café Witten 10 1/2 Uhr. Rückfahrt 7 Uhr abends. Fahrpreis einfache Fahrt 50 Pf., hin und zurück 75 Pf., Kinder 40 Pf. Rückerei L. Kahn.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114.

Donnerstag, den 25. Juli 1907: Elite-Tag.
Gr. Doppel-Konzert
Gala-Spezialitäten-Vorstellung
Monster-Feuerwerk
Anfang 5 Uhr. Tanz-Reunion. Anfang 5 Uhr. Entree zum Konzertzgarten 10 Pf. Entree zum Theatergarten 50 Pf.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Melchiorstraße 28. Filiale Berlin. Fernspr. Amt 4, 4787.
Sonnabend, den 27. Juli 1907, abends 5 Uhr:

Großes Sommerfest

im Etablissement der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain.
Großes Konzert Berliner Orchester Dirigent: Herr O. Kahn. humoristisches Gesangs-Terzett.
Schwan Biograph.

Um 10 Uhr: Große Fackel-Polonäse.
Wir ersuchen unsere Kollegen, sich recht zahlreich zu beteiligen.
Die Ortsverwaltung.

NB. Bei ungünstiger Witterung findet das Fest im Saale statt.

Ostbahn-Park

Am Köstrinorplatz, Rüdigerdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76-79.
Direkt. a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit in allen Stadttricht. Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!
The Reros phänomenale gymnastische Kunst! Ohne jede Konkurrenz.
Heinz Heuer der bel. Refrutenbarst. ist wieder da!
Selli Geldern die brill. Vortragskünstlerin prolong. und das vollständig neue brillante Juli-Programm.
Anf. 3 Uhr. Kaffertische. Vollbelustigung aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Stepdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre,
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158
Unterhalte nirgends Filialen!
Gelegenheitskauf!
Bunt Cretonne Ersatz für 300 Decken 300
Similiseide in den 525 750 Farben rot, blau, oliv
Wollatlas 675 850
Bunte Normal-Schlafdecken 150 250 350
Wolldecken ganz dick 900 400
Reisedecken (engl.) getigert 6, 8, 10 m.
Pracht-Katalog mit ca. 600 Illustrat.
gratis und franko.

Gefährliche Vorgänge!

Warum bekümmern sich die Handels- und Börsenzeitungen nicht um die äußerst gefährlichen Vorgänge an den nationalen und internationalen Börsen?
Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bezw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bezw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! 63532*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherie.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Städten.

„TASSI“ CIGARETTEN sind die besten.

ULLY YORK ACOSTA } 3 Pfg.

Neu-Erscheinungen:

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Firsch. Zweite, völlig umgearbeitete und vermehrte Auflage. Preis brosch. 2. — M., geb. 2.50 M.
ferdinand Lassalles
„Offenes Antwortschreiben.“ Durchgesehen, mit Einleitung und Anmerkungen versehen von Eduard Bernstein. Preis 40 Pf. in besserer Ausstattung 1. — M.

Patriotismus und Sozialdemokratie von Kar! Rautsch. Preis 20 Pf.
Die Agrarfrage in Rußland Die bäuerliche Wirtschaftsform und die Arbeiter. Eine Untersuchung von Peter Wokhlo. Preis brosch. 2.50 M., geb. 3. — M.

Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch von Vorbus. Preis 1. — M.
In der russischen Bastille während der Revolution. Eindrücke, Stimmungen und Betrachtungen von Vorbus. Preis brosch. 1. — M., geb. 1.50 M.

Viermal entflohen von Leo Deutsch. Verfasser von „Sechzehn Jahre in Sibirien“. Preis brosch. 1.50 M., geb. 2. — M.
Der Neue Weltkalender für 1908. Preis 40 Pf.

Zu beziehen durch:
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Linden-Str. 69, Laden.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1907. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig. Der Sektionsvorstand.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.

Filiale Berlin.

Freitag, den 26. Juli 1907, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I.

Bauvertrauensmänner - Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Stadtverordneten Franz Kofke: Warum muß sich die Arbeiterchaft organisieren. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verschiedenes.

Die Bauvertrauensmänner können für die Kollegen, welche noch nicht im Besitze eines Protokolls von der 8. Generalversammlung sind, gegen Vorzeigung des Verbandsbuches diese in Empfang nehmen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Verband der baugewerbli. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Telephon: Amt IV Nr. 4493. Verbandsbureau: Engel-Ufer 16, pt. Telephon: Amt IV Nr. 4493.

Sonntag, den 27. Juli, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:

Versammlung aller Streikenden und Ausgesperrten.

Tages-Ordnung: Der Stand unserer Bewegung.

35/14

Mitgliedsbuch und Streiffarte legitimiert.

Die Zentralfreileitung.

Zentral-Verband der Friseurgehilfen Deutschlands Zweigverein Berlin. Zahlreiche Weihenfece.

Berammlung

7/10 Uhr bei Content, Lehderstr. 5.

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. - Fl. 50 Fl. u. 1.00. - Ebenso Schwaben, Rissen, Franzosen, Blattläuse usw. Schachtel 30 Fl. 60 Fl. u. 1.00. 49342

Zahlreiche Anerkennungen. 1000 Mark Belohnung zahle demjenigen, der mit einem Richterfolg nachweist. Nur allein echt bei Hugo Barth, Drogerie, recht Brunnenstr. 14, früher Nr. 81.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. dicht am Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Arbeiter - Baugenossenschaft „Paradies“ zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)

Sonntag, den 28. Juli 1907, vormittags 9 1/2 Uhr, in den „Rittersälen“, SW., Ritterstr. 75:

5. Ordentl. Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht: Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung. 2. Bericht der Revisoren und Genehmigung der Bilanz sowie Beschlußfassung über die Verteilung des Gewinnes oder Verlustes. 3. Neuwahlen des Vorstandes. 4. Erziehungswahl zum Aufsichtsrat. 5. Anträge des Vorstandes und Aufsichtsrates: a) betr. Ausnahme von Anleihen; b) betr. der ausgebenen Schuldscheine der Serie I; c) betr. Sparfonds-Einlagen. 6. Anträge des Genossen G. Pfeiffer: a) betr. Uenderung der Mitgliedsbücher; b) betr. Eigentumsrecht an demselben. 7. Verschiedenes. Genossen! Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden, zu erscheinen.

Niemand darf fehlen! Nur Mitglieder haben Zutritt!

Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß!

Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sind in der Geschäftsstelle, SO., Rottbuser Ufer 44, Hof rechts 1 Tr. links, in den Kassensunden (vormittags 8-10 und nachmittags 4 1/2-7 1/2 Uhr) einzusehen.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet!

Der Vorstand.

128/17

D. Dppenborn. G. Dorner. R. Müller.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Endlich gefunden

habe ich nach langem Suchen in Berlin, daß man am billigsten und zu unglaublich niedrigen Preisen seinen Bedarf an Herren- und Knaben-Konfektion in den bekannten Konfektionshäusern von

Blitz

Eigene Fabrik mit elektrischem Betrieb.

3 Preise. Maß-Abteilung. 3 Preise.

Herren-Anzüge.		Herren-Paletots.	
Serie I, Wunderbare Modestoffe, hohelegant, Stek. M.	2750	Serie I, gemustert, blau u. schwarz, Stek. M.	2450
Serie II, Prima Kammgarn, das allerneueste, Stek. M.	3750	Serie II, extra prima Modestoffe, Stek. M.	3450
Serie III, das Wunder Berlins, Ia Stek. M.	4750	Serie III, feinste Ware, das Wunder Berlins, Stek. M.	4450

Herren-Hosen, Serie I 9⁵⁰, Serie II 13⁵⁰, Serie III 17⁵⁰ M. Auf Seide 10%, mehr. Garantie für prima Sitz u. Verarbeitung.

Auf Wunsch Besuch unserer Stadtreisenden.

Blitz

Herren-Anzüge.		Herren-Hosen 1 ⁸⁵ 2 ⁴⁵ 2 ⁹⁰ 3 ²⁵ etc.	
Serie 100, Kariert, hellgrau, Stek. M.	6 ⁹⁵	bis 60% unter Preis	
Serie 102, Blau u. schwarz Cheviot, Stek. M.	8 ²⁵	Lüster- u. Leinen-Joppen unter Preis	
Serie 104, Sommer-Anzug, Stek. M.	10 ²⁵	Maß-Anzüge enorm billig.	
Serie 107, Sonntags-Anzug Ia, Stek. M.	13 ⁰⁰	Kinder-Anzüge halb umsonst.	
Serie 110, Maß-Verarbeitung auf Roßhaar, Stek. M.	17 ⁵⁰		

Nur kein Neid, wer kann, kann.

29-30 Kottbuser Damm 29-30 9 Rosenthaler Str. 9, Ecke Auguststr. 137 Gr. Frankfurterstr. 137 jetzt 85 Chaussee-Straße jetzt 85 5 Geschäfte. 10 Haupt-Straße 10 5 Geschäfte. Schöneberg.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Knorr's Hafermehl

Bestes Rohmaterial und sorgfältige Fabrikation bedingeh die wertvollen Eigenschaften von Knorr's Hafermehl als leichtverdaulichste, nahrhafte und Durchfall vorbeugende Kindernahrung.

Nähre mit „Knorr“.

Abänderung des Statuts der Innungs-Krankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin.

Bekanntmachung. Der § 10 Absatz 1 in der Fassung des V. Nachtrags vom 2. Februar 1904 ist zu streichen und dafür zu setzen: Die wöchentlichen Kasseneinträge betragen: Für die Mitglieder der 1. Klasse 0,75 M. „ „ „ 2. „ 0,35 „ „ „ 3. „ 0,27 „ „ „ 4. „ 0,18 „ Dieser Nachtrag ist am 5. Juli 1907 durch den Herrn Vorsitzenden genehmigt und tritt vom ersten Montage nach der Genehmigung, den 8. Juli 1907 in Kraft. Der Vorstand. H. U. B. Lohse, Vorsitzender.

Verkäufe.

Teppiche mit Hardensleichen-Präparierwerke Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Rauerhof. 71

Teppiche billig! Rodrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 71

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Rauerhof. 17

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz Blumenstraße 38b. 25158*

Teppiche! (selberbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Drumm, Cadecher Markt 4, Bahnhöf Börs. 261/1*

Sommerpaletots, Monatsanzüge, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Hirszenzell, nur Kottbuserstraße 10. Fernsprecher Amt III 117. 261/13*

Wandbilder! Hermannplatz 68b. Für jedermann! Spotbilligster Selbstverkauf - Brautbetten, Vermietungsbed. Händerverkauf, Bettläche, Kammstühle, Aussternwische, Gardinerverkauf, Teppichverkauf, Goldwägen, Uhrenverkauf, Jucheltanzüge, Hochzeitszüge, Sommerpaletots.

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Elstnerstraße 40. *
Tüllbettedecken, volle Bettgröße 2,50, in Erdstül 6,35, Lüllstüres 1,85, Erdstülstüres 4,35. Teppichhaus Uml. Refosse, Drantenstraße 188. *

Wäbelschleiere liefert gediegen. Wohnungs-Einrichtungen äußerst billig. Bunte Säcken. Nach Katalogzahlung. Kein Laden. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Genossen erhalten 3 Prozent. *

Kindewagen, Kinderbesteck, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehnte, spottbillig. Sommer, Wienerstraße 51.

Bronzegastromen 11 Gasjuchlampen! 9,00. Gaslyren! 1 1/2. Bohlauer, Ballnerbeckerstraße 32.

Kindewagen, Kinderbesteck, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehnte, spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 29478*

Ranischen mit Stallung verkauft. Reiche, Forsterstraße 43. 19796

Parteiokal, größeres, verkauft. Parteienkal für Anwesenpreis. Offerten „W. 925“ Expedition, Riddorf, Redarstraße 2. 7144*

Parteiokal, Vereine, Werkstatt-Einlagen, Fabriklieferung, hundertkärter Maschinen, passend für junge Leute. „Lokal“ Postamt 94. 7145

Ekfolal, voller Schank, große Brauereihalle, ist zu verkaufen. Laurogenerstraße 40, Charlottenburg.

Patentanwalt Bessel, Olfshinerstraße 91a. 25532*

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Olfshinerstraße 91a. 25532*

Vernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht fahlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gebillige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Nehme die Beleidigung gegen Frau Höcher zurück. Thrum, Riddorf, Kopffstraße 35. 7144

Gerren, die gewillt sind, einem Statistiker beizutreten, mögen sich melden. Grünauerstraße 16 bei F. Jahre, Restaurateur. 7123

Wollwäcker-Gesellschaft „Henry Balgo“, Rantestuffstraße 41. 7123*

Vermietungen.

Restaurant, großes, sofort vermietbar. Soldinerstraße 34. 19785

Wohnungen.

Zwei Stuben und Küche 30 Mark, eine Stube und Küche 21 und 22 Mark, Seeferde 68h, Wirt. 19185*

Prächtige Wohnungen billig. Soldinerstraße 82/84. 19775*

Zimmer.

Balkonzimmer (Badezimmer), herrliche Aussicht, Baumgartenweg, Trojanstraße 6 II, Bahnhöf. 1894b

Teilnehmer zum möblierten Zimmer gesucht. Belle-Alliancestr. 11, Seitenrägel I rechts. 1715b

Teilnehmer zum möblierten Vorderzimmer gesucht, 12,00, Wäbelerstraße 156b III, links. 7145

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn zu vermieten. Wäbelerstraße 39, Hof 4 Treppen. *

Möblierte Schlafstelle vermietet. Seidler, Ruppinerstraße 27, vorn II.

Schlafstelle an Herrn vermietet. Schalte, Baldemarstraße 28, Diergebäude IV. 19805

Schlafstelle Wäbelerstraße 35, vorn III.

Mietsgesuche.

Junger Kaufmann sucht in besserem Hause anständig möbliertes Zimmer mit voller Pension, Nähe Potsdamerstraße. Offerten S. 100, Expedition Kottbuserstraße 3. 7145

Junger Mann sucht kleines möbliertes Zimmer, 18-20 Mark, NO. per 1. August unter F. R. Kroll, Wäbelerstraße 49. 7145

Junger Mann sucht alleinige möblierte Schlafstelle, Osten oder Südosten. Preisangabe. Offerten P. B., Postamt 26. 19765

Möblierte Schlafstelle sucht junger Mann, allein, 15,00 mit Staffen, Koabit. Offerten B. 10, Postamt 87. 7181

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stubenrechter bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläzer, Rantestuffstraße 37. 1465b

Stellenangebote.

Automobilfahrer! Bestmögliche theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieurleitung. Größter Stellennachweis gratis. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Autotechnikum Berlin-Wilmersdorf, Albedarstraße 13. Bedeutendstes Lehrinstitut Deutschlands. Von Behörden bevorzugt. 25678*

Zusammenfeger auf Pianomechanik verlangt. Rüller, Eisenbahnstraße 21. 723

Tüchtigen Rahmensticker, der selbstständig arbeiten kann, verlangt Goldbleichenfabrik, Krautstraße 39.

Grundrieger, Tischler, Köpferstraße 147. 19825

Chauffeurschule „Am Wedding“, nur Gerichtstraße 17, größte, bedeutendste, nimmt Reis-Lehrlinge an. Theoretische und praktische Ausbildung zum Chauffeur unter Ingenieurleitung. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Kostlose Vermittlung hochbegabter Stellungen. 253/13*

Kartonnagen-Arbeiterinnen, geübte, finden dauernde, lohnende Beschäftigung. Bauh u. Pinner, Köpferstraße 32a. 19745*

Arbeiterinnen werden sofort eingestellt. Pappindustrie, Wäbelerstraße 41/42. 1973*

Tüchtige Glasstickerin findet bei hohem Gehalt sofort dauernde Beschäftigung. Schier, Ritterstraße 32.

Elektromonteur,

beruht in Konfektion elektrischer Drehmaschinen, finden Stellung. „Diavolo“, Elektr. Apparate-Bau, G. m. b. H., Beuel a. Rh.

Meister-Gesuch!

von Metallwaren-Fabrik der vermittelten Service, Tafelgeräte- und Aluminium - Kochgeschirre - Branche. Offerten von nur tüchtigem Meister, welcher vollständig selbstständig die praktische Leitung eines mittleren Betriebes versehen kann und in der Voraussetzung von Meisterbescheinigung ist, sub. „E. I“ Expedition dieses Blattes erbeten. 55102

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin. Wegen Streit und Differenzen ist gebildet: für Vergolder u. Eisenpolierer die Firma Mackensen, Ritterstraße 47. 86/17* Für Bodenleger gesperrt der Bau Schillerstr. 121/122, Firma Mittag. Bau der Firma Schütte, Greifenhagenstr. 10. Bau der Firma Schüpke & Bloch, Althoffenburgerstr. 13. Bau der Firma Petsch, Rosenhainertstraße, Ecke Stoffhändlerstraße. Für Stordmacher Schmidt, Dresdenerstr. 82. Die Erdbewertung.

Arbeiter, Parteigenossen Berlins!

Seht die Wählerlisten ein! Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen!

Partei-Angelegenheiten.

Karlshorst. Am nächsten Sonntag soll in Biesdorf die „Fidel“ verbreitet werden. Treffpunkt der Genossen am Bahnhof Karlshorst, 6 1/2 Uhr morgens.

Berliner Nachrichten.

London und Berlin.

Auf einem Bankett, das die Mitglieder der Londoner Stadtkorporation, die kürzlich den Lordmayor nach Berlin begleitet, dem letzteren zu Ehren veranstalteten, erzählte der Vorsitzende Benjamin Turner von den wunderbaren Veränderungen, die Berlin in den letzten Jahren erfahren habe. Besonders Eindruck hätten auf ihn die Sauberkeit der Straßen und das Fehlen von Kowidies, Bettlern und Trunkenbolden gemacht. In dieser Hinsicht könnten sie von der Berliner Stadtverwaltung lernen.

Dass die Londoner Herren in Berlin keinen Kowidies und Bettlern begegnet sind, mag zutreffend sein, denn sie wurden ja tagtäglich im Automobil durch Berlins schönste Gegenden geschleppt. Die Herren haben eben nur Berlin von einer Seite kennen gelernt. Daraus folgt aber noch nicht, daß nicht auch in Berlin wie andernwärts Armut, Elend, Verbrechen als Folgeerscheinung des kapitalistischen Systems seine Stätte hat.

Zwei Bäcker-Innungskrankenkassen genehmigt!

Das ist der Erfolg der Scharfmacher im Bäckergerwerbe. Dem Gesellenauschuß der (größeren) „Germania“-Innung ist folgendes Schreiben zugegangen:

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.

Rotterdam, den 1. Juli 1907.

Dem Gesellen-Ausschuß der Bäcker-Innung eröffne ich im Auftrage des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe auf die an den Herrn Minister gerichtete, am 20. Dezember v. J. eingegangene Eingabe, daß es bei meiner nach § 96 Absatz 7 der Reichsgewerbeordnung endgültigen Entscheidung vom 22. November 1906 sein Bewenden behalten muß, durch welche die verweigerte Zustimmung des Gesellen-Ausschusses der Bäcker-Innung zu dem Beschlusse der Innungsversammlung der Bäcker-Innung vom 6. November v. J. betreffend die Errichtung einer Innungskrankenkasse ergänzt worden ist. (Name unleserlich.)

An den Gesellen-Ausschuß der Bäcker-Innung zu Berlin.

Unterm gleichen Datum ist die Genehmigung der Innungskrankenkasse der „Concordia“-Innung durch den Oberpräsidenten erfolgt.

Diese Genehmigung ist erfolgt trotz des Protestes der Bäcker-Gesellen und gegen den Entschluß der Berliner Gewerbe-Deputation, die sich den schwerwiegenden Gründen der Gesellen-Ausschüsse nicht hatte verschließen können. Aber die Bäckermeister wußten, woher der Wind weht; hatte doch der Obermeister Verner in einer Bäckermeister-Versammlung erklärt: „Die Gewerbe-Deputation wird uns die Innungskasse ablehnen, aber der Handelsminister wird sie genehmigen.“ Dieser Herr, der vor den Ministertüren gut Bescheid weiß, hat Recht behalten.

Der Oberpräsident ergänzte seinerzeit trotz Gesellen-Ausschuß und Gewerbe-Deputation die Zustimmung zur Innungskrankenkasse, indem er auf die Einwände, daß dadurch die gut fundierte und auf dem Vertrauen der Versicherten ruhende Ortskrankenkasse für das Bäckergerwerbe zu Berlin völlig vernichtet würde, die lahme „Begründung“ gab, daß ja schon Ortskrankenkassen mit 100 Mitgliedern existieren könnten.

Die Gesellen-Ausschüsse haben sich darauf mit einer nochmaligen eingehend begründeten Eingabe an den Handelsminister gewandt. Wie vorausgesehen, hat dieser dem Oberpräsidenten beipflichtet, trotzdem auch der Ortskrankenkassen-Vorstand wie die Generalversammlung der Errichtung der Innungskrankenkasse als eine Schädigung des gesamten Gewerbes kennzeichneten. Der Ortskrankenkassen-Vorstand hat sogar eine Audienz beim Handelsminister nachgesucht, wurde aber vom Regierungsrat Hoffmann damit verabschiedet, daß wohl kaum der Handelsminister den Oberpräsidenten besounieren würde. Das ist eingetroffen.

Nun ist die Bahn für die Scharfmacher frei. Wehe den Kranken, die den Innungskrankenkassen ausgeliefert sind. Die famose Innungsarbeitsvermittlung wird die mit Krankheiten behafteten überhaupt vom Arbeitsmarkt ausschließen. Die Armenverwaltung oder andere Krankenkassen werden durch die Kranken des Bäckergerwerbes belastet werden, und heuchlerisch, wie immer, werden dann die Innungen erklären, daß auf Grund ihrer Krankenstatistik das Bäckergerwerbe der „gesündeste Beruf überhaupt“ sei.

Vier Krankenkassen wird es von nun an in einem Beruf mit etwa 8000 Beschäftigten geben. Diese Jersplitterung von Ministergnaden werden die Versicherten teuer bezahlen müssen. Die „Sozialpolitik“ in Preußen-Deutschland macht in der Tat riesige Fortschritte.

Frau Polizeihauptmann im Bade.

Im April mietete die Frau Polizeihauptmann Köfener in Berlin ein Dienstmädchen auf ein halbes Jahr. Bei der Vermittlerin erklärte das Dienstmädchen, daß sie nicht zu kochen verstehe. Das Mädchen wurde von der Frau Polizeihauptmann wiederholt geschlagen und gekniffen, weil es die Zwiebeln nicht fein genug schnitt oder sonstige furchtbare Vergehen beging. Das allein stehende Mädchen wollte bereits in Berlin den Dienst wegen der Behandlung verlassen. Vor einiger Zeit reiste Frau Polizeihauptmann nach Ahlbeck ins Bad. Das Mädchen wurde mitgenommen. Den Kerben der Frau Hauptmann scheint die Ostsee aber nicht gut bekommen zu sein. Wenigstens versteht es ihrem Dienstmädchen noch mehr Prügel als in Berlin. Am letzten Montag erhielt der arme dienstbare Geist abermals eine Tracht Prügel, erhielt Kopfstücke von der gnädigen Frau, wurde braun und blau gekniffen und am Arm und den Handrücken arg zerkratzt. Da ließ es denn der schlagfertigen Herrschaft fort. Auf dem Polizeiamt war ihr mitgeteilt, solche Behandlung brauche es sich nicht gefallen zu lassen. Es wird nunmehr gegen die Frau Hauptmann Verleumdungsklage und gegen deren Gatten, der sie nicht zu schätzen vermochte, es aber ablehnte, ihre Sachen ihr herauszugeben, auf Herausgabe der Sachen klagt. Wenn es mit der Behandlung eines Diensthofen bei Polizeihauptmann im Bade so steht und es noch zweifelhaft ist, ob nicht gar das Dienstmädchen bestraft wird — wer möchte sein Kind in Dienst geben, ohne sich und dem Kind das Recht auszuwirken, jeder Zeit den Dienst zu verlassen?

Verlegung von wichtigen Straßenbahnlinien im Westen. Verschiedene wichtige Linien der Straßenbahn müssen im Westen infolge der Ausführung der Arbeiten zur Verbreiterung des Kurfürstendamms zwischen dem Auguste Viktoria-Platz und dem Lützowufer verlegt werden. Es betrifft dies die Linien O Kuppergraben—Wilmerdorff, P Westend—Dönhofsplatz, R Spandauer Bod—Dönhofsplatz und 4 Ost-Westring. Die Verlegung beginnt am nächsten Montag, den 29. Juli. Von diesem Tage an fahren die Wagen der Linien 4 und O nicht wie bisher vom Kurfürstendamm durch die Corneliusstraße, die Lichtenstein- und Franzensallee, sondern vom Kurfürstendamm über die Kurfürstenstraße, die Schillstraße, den Lützowplatz, über die Herkulesbrücke, durch die Friedrich-Wilhelmstraße, die Hoffjägerallee, über den Großen Stern und umgekehrt. Die Verlegung bleibt für die Dauer der Bauarbeiten in Kraft, deren Beendigung sich noch nicht übersetzen läßt.

Die Döberitzer Heerstraße ist, soweit sie Charlottenburger Gebiet durchschneidet, nunmehr fertiggestellt und dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Die elektrische Beleuchtung des Strahenzuges ist provisorisch an Holzlatenträger angebracht, da die Herstellung der gußeisernen Röhre nicht schnell genug erfolgen konnte. Gleichzeitig ist das Gelände neben dem Strahenzuge, der vom Sophie Charlottenplatz aus den Namen Kaiserdamm führt, der bebauten erschlossen und hat auch die Baulastigkeit bereits eingeleitet. Ferner ist die Herstellung der Heerstraße durch den Grünwald in Angriff genommen, nachdem das Gelände im vorigen Jahre abgeholzt worden ist. Die schon vor Jahren gebaute schmale Grünwald-Straße wird zunächst erhalten bleiben, um die Anfahrt der Arbeitswagen zu erleichtern, während zu beiden Seiten die Auffüttung und Regulierung des neuen Strahenzuges stattfindet. Sobald der Hauptdamm gepflastert ist, wird auch der mittlere Teil der Straße die durch die Regulierung bedingte Höherlegung erfahren. Die Auffüttungsarbeiten sind nach der Dainburger Bahn zu nach beiden Seiten beendet, können jedoch noch nicht zusammengeschlossen werden, weil zum Zwecke der Verbreiterung der Straße die Verlegung einer Bahnwarterstelle erforderlich ist. Bis zur Durchführung dieser Arbeiten wird die Heerstraße an der Bahn eine Verengung bilden. Bei den Auffüttungsarbeiten durch den Stöckensee scheint man jetzt endlich auf festen Boden gelangt zu sein. Die Nachsenkungen des aufgeschütteten Damms sind so geringfügiger Art, daß eine Gefährdung der Arbeiten dem Anscheine nach nicht mehr vorhanden ist. Sobald die Durchquerung des Stöckensees beendet ist, dürfte der weitere Ausbau der Heerstraße keine Schwierigkeiten mehr finden, da der Untergrund der zu durchschneidenden Scharfen Lanke, einer Ausbuchtung der Habel, nur wenig morastig ist.

Mit welcher Gewissenhaftigkeit auf dem Polizeipräsidium gearbeitet wird, beweist folgender Fall: Der Dreher Max B. wird am 18. Mai von einem Schutzmänn notiert, weil er auf einem Zweirad gefahren, aber keine Radfahrkarte bei sich gehabt hat. Wegen dieser Uebertretung bekommt B. nicht nur eins, sondern zwei Strafmandate. Das erste ist datiert vom 23. Mai und besagt: Sie haben am 18. Mai d. J. mittags 12 Uhr 20 die Kreuzung der Frankfurter Allee—Witthauerstraße auf einem Zweirad befahren und keine Radfahrkarte bei sich geführt. Die Uebertretung wird bewiesen durch das Zeugnis des Schutzmanns Nr. 125. Es wird deshalb eine Geldstrafe von 2 M. festgesetzt.

Einen Tag später erhält B. ein zweites Strafmandat, das dem obigen gleich wie ein Ei dem andern: „Sie haben am 18. Mai, mittags gegen 12 Uhr 20 usw.“ nur mit dem Unterschied, daß in dieser Verfügung das Vergehen mit drei Mark bewertet wurde. Nach einem bekannten Rechtsgrundsatz kann man in Deutschland wegen ein und derselben Tat nur einmal verurteilt werden, auf dem Alexanderplatz scheint man das nicht so genau zu nehmen. Interessant ist die verschiedene Bewertung des Vergehens. Während die erstere Verfügung zwei Mark Strafe für ausreichend hält, setzt die zweite drei Mark fest. Es erscheint die Frage gerechtfertigt: Nach welchen Grundsätzen werden auf dem Alexanderplatz Polizeistrafen festgesetzt?

Die Sache wird im weiteren Verlauf aber noch interessanter. B. schickte die in der ersten Verfügung festgesetzte Strafe von 2 Mark an die Polizeihauptkasse ein. Laut Postschein geschah dies am 25. Juni. Am 22. Juli erhält er eine vom 15. Juli datierte Aufforderung, weil er die am 24. Mai festgesetzte Strafe von drei Mark nicht bezahlt habe, sich zum Antritt einer einlängigen Haft im Polizeigefängnis in der Alexanderstraße einzufinden. Wie die Sache nach verläuft, steht noch dahin, man scheint bis heute auf dem Alexanderplatz die doppelte Straffestsetzung für ein und dieselbe Tat noch gar nicht gemerkt zu haben, und deshalb möchten wir das Präsidium darauf aufmerksam machen, daß die Tagebuchnummern 2034 und 2048 ein und dieselbe Sache betreffen.

Für alle grobe Gewissenhaftigkeit auf dem Polizeipräsidium spricht dieses Vorkommnis nicht.

Eine Verkehrshörung auf der Stadtbahn trat vorgestern Abend um 7 Uhr ein. Die Maschine eines Nordringzuges war durch Lockerung eines Kolbens defekt geworden und konnte den Train nur mühselig vorwärts bringen. Um eine lang andauernde Störung zu vermeiden, mußten auf dem Bahnhof Böse sämtliche Fahrgäste aussteigen, worauf der so erleichterte Train nach einem toten Gleis in Charlottenburg geführt werden konnte. Immerhin verursachte das Vorkommnis eine circa 15 Minuten währende Betriebsstörung.

Bei dem Einsturz einer Mauer schwer verletzt wurde Dienstagnachmittag der Bauarbeiter Albert Dusing aus der Demminerstraße. Auf dem Grundstück Hundeshofstr. 1/3 werden gegenwärtig durch einen hiesigen Unternehmer alte Bauten abgerissen. Dienstagnachmittag war nun B. mit dem Unterminieren einer etwa drei Meter hohen Mauer beschäftigt. Das geladete Erdreich gab plötzlich nach und die Mauer stürzte in ihrer ganzen Länge ein. Vergeblich hatte B. den Versuch gemacht, sich in Sicherheit zu bringen. Er wurde von den einfallenden schweren Steinmassen niedergeschlagen und unter den Trümmern verschüttet. Schwer verletzt wurde der Bedauerndwerte von Arbeitskollegen wieder hervorgezogen. Auf Veranlassung eines hinzugerufenen Arztes wurde der Schwerverletzte nach dem Krankenhaus gebracht.

Ein aufregender Vorfall bei einer Monatschein-Dampferfahrt spielte sich auf der Oberspree bei Oberschöneweide ab. Ein Personendampfer hatte auf der Oberspree eine Monatscheinfahrt gemacht, an der sich auch ein hiesiger Kaufmann und zwei Begleitenden, zwei Schwesern, beteiligten. Die Stimmung zwischen den drei Personen die bisher eine vergnügte gewesen war, schlug plötzlich durch eine Meinungsverschiedenheit in eine recht trübe um. Die Situation wurde schließlich eine derartige, daß eines der

jugen Mädchen über Bord springen wollte, um sich zu ertränken. Andere Fahrgäste mußten die Unselige gewaltsam zurückziehen. Da die Lebensmüde drohte, sie werde doch noch ins Wasser springen, so sah sich der Schiffsführer genötigt, die Hartnäckige in sicheren Gewahrsam zu bringen.

Die Kindesleiche zwischen den Gräbern. Ein Kindesmord liegt anscheinend einem Leichenfund zu Grunde, der auf dem Begräbnisplatz an der Spandauerstraße in Pankow gemacht worden ist. Zwischen den Gräbern wurde von einem Friedhofsbesucher eine in Zeitungspapier eingehüllte Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Ob der Säugling eines gewaltsamen Todes gestorbe ist, bedarf noch der Feststellung.

Einen geradezu frivolen Scherz hat sich ein Unbekannter geleistet, indem er im Sonntagsblatt einer Berliner Zeitung — 7. Weißblatt Nr. 100 der „Berliner Morgenpost“ — folgende Annonce erließ: „Erdarbeiter werden verlangt. Rathaus Nichtenberg.“ Die Folge war, daß sich am Montag früh vor dem Portal des Nichtenberger Rathauses eine große Anzahl, annähernd 100, Arbeiter mit Spaten, Haden und sonstigen Grabgeräten versammelten. Niemand wußte, was die Menschen wollten und auch in den Bureaus des Rathauses herrschte Verwirrung. Endlich, als die Arbeiter sich unter Hinweis auf die Annonce nach Arbeit erkundigten, klärte sich die Angelegenheit auf. Die Gemeinde hatte gar keine Erdarbeiter verlangt. Die Annonce war von einem Unbekannten aufgegeben.

Diese Täuschung ist um so gemeiner und erbärmlicher, als es sich doch um festsitzende Arbeiter handelte, die in der Hoffnung auf Verdienst den weiten Weg nicht gescheut hatten, zum Teil sogar aus den Vororten gekommen waren und nun sehen mußten, daß ihre Hoffnung auf Verdienst vergebens war. Einzelne machten denn auch ihrer berechtigten Entrüstung und Empörung in Worten Luft. Die meisten aber zogen schweigend, entmutigt und bedrückt von dannen.

Im Kampf mit Kriminalbeamten feuerte ein wegen zahlreicher Diebstähle gefuchter „Arbeiter“ Kösel im Hause Marienburgerstraße 31a fünfmal, wobei er sich und seine Braut ziemlich schwer verletzte. Es handelt sich um dieselbe Person, die kürzlich in einem Hotel in der Königstraße als Dieb festgenommen, kurz vor der Wache dem Schutzmänn entwich und seinen Weg über mehrere Dächer nahm, wie Hennis.

Aus dem Polizeibericht. In der Wohnung ihres Bräutigams, des Metallarbeiters Hermann B., in der Alexandrinenstraße, vergiftete sich gestern mittag die 21 Jahre alte Schneiderin Alma B. mit Salzsäure. Das Mädchen hatte eine Strafe wegen Diebstahls zu erwarten. — Gestern nachmittag versuchte der 44 Jahre alte wohnungslose Schlosser Otto Borch, als er sich bei einem Einbruch in die Wohnung des Schlossers Max Jedermann, Oberbaumstr. 5, entbehrte, sich in der Küche der Wohnung am Fensterkreuz zu erhängen, nachdem er die Korridortür durch Vorlegen der Sicherheitskette gesperrt hatte. Polizeibeamte sprengten die Kette und schnitten Borch, der bereits das Bewußtsein verloren hatte, ab. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche waren bald von Erfolg begleitet, worauf B. mittels Krankentransportwagen der Charité als Polizeigefangener zugeführt wurde. — Der 31 Jahre alte Kellner Max T. trank gestern früh in Gegenwart seiner Ehefrau in seiner Wohnung in der Falkensteinstraße eine Flasche Whisky aus. Ein sofort hinzugezogener Arzt leistete ihm die erste Hilfe und veranlaßte die Ueberführung des Schwerverletzten nach dem Krankenhaus Bethanien. — Als gestern vormittag der 21 Jahre alte Kaufherr Georg Hermann mit einem Kollegen das Schanzenklopp von Engel, Köfenerstr. 48, wo er gefrühstückt hatte, verließ, brach er plötzlich bewußtlos zusammen. Man brachte ihn mittels Droschke nach dem Elisabeth-Krankenhaus, wo aber nur noch der Tod, anscheinend infolge Herzschlages, festgestellt werden konnte.

Dem Dach herabgestürzt hat sich gestern nachmittag das achtzehnjährige Dienstmädchen Ottilie Krause aus der Passauerstr. 87a. In dem erwähnten Hause war die K. bei einem Kaufmann Sch. bedienstet gewesen. Kürzlich wurde sie von ihrer Dienstherrschaft beurlaubt, ein Paar Strümpfe gestohlen zu haben. Da die Beschuldigungen kein Ende nehmen wollten, beschloß das junge Mädchen, das sich völlig unschuldig fühlte, seinem Leben ein Ende zu bereiten. Dem Kindermädchen gegenüber äußerte es, es wüßte ein berartiges Dasein nicht mehr auszuhalten. Gestern nachmittag ging die Bedauerndwerte auf den Boden hinauf und stieg auf einer Leiter nach dem Dach. Von dort stürzte sie sich mit einem Aufschrei auf die Straße hinab. Mit zerschmetterten Gliedern blieb sie auf der Straße liegen. In hoffnungslosem Zustande wurde sie nach dem Krankenhaus Westend gebracht. Der Arzt stellte neben einem Schädelbruch und Brüchen beider Beine schwere innere Verletzungen fest.

Wir können nicht nachprüfen, ob die Beschuldigung gegen das Mädchen berechtigt war; wir sieht aber, daß viele Herrschaften sehr leicht dabei sind, bei Verlusten sofort ihr Mädchen zu beschuldigen; dieses muß in vielen Fällen für die Niederträchtigkeit mancher Herrschaften büßen.

Großfeuer

Kam gestern früh nach 7 Uhr in der Lübeckerstr. 5 (Moabit) und unbekannter Ursache zum Ausbruch. Als der Brand bemerkt wurde, stand bereits der Dachstuhl des vierstöckigen Vorderhauses und des rechten Seitenflügels in großer Ausdehnung in Flammen. Die Rüge 15 und 16, die unter Leitung des Brandmeisters Steiner schnell zur Stelle waren, mußten mit 8 Schlauchleitungen längere Zeit tüchtig Wasser geben, bevor es gelang, die Flammen zu löschen. Um 10 Uhr konnte ein Teil der Feuerwehr wieder abrücken. Die Aufräumungsarbeiten nahmen längere Zeit in Anspruch; beide Dachkonstruktionen mit samt den Bodenverfallsen, vielem Gaudrat und Brennmaterialien der Mieter sind total vernichtet. Die unteren Etagen haben durch Wasser gelitten.

Vorher, um 6 Uhr, hatte der 17. Zug in der Oberwallstr. 19 zu tun. Dort brannte die Verschaltung eines Fahrstuhls mit dem Dach und der Dachkonstruktion. Nachts um 2 Uhr wurde der größte Teil der Feuerwehr nach dem Vorhng-Theater in der Belle-Alliancestraße gerufen. Im Garten des Theaters standen an der Kaserne des I. Garde-Regiments neben dem Kesselhaufe alte Kullisen, Gerümpel usw. in Flammen. Da bei Theaterbränden gleich „Mittelfeuer“ gemeldet wird, so waren in kurzer Zeit 9 Rüge zur Stelle, die des Feuers schnell Herr wurden. Die Entfaltung konnte nicht ermittelt werden. Mit einem Tischlereibrände hatte die 1. Kompanie längere Zeit in der Kasanienallee 29—30 zu tun. Rüge u. a. brannten dort. Der 16. Zug hatte außerdem noch einen großen Kellerbrand in der Straße Am Nordhofen 7—8 zu löschen. Gaudrat und Preßföhlen usw. wurden dort ein Raub der Flammen. Durch Ueberlocken von Teer kam in der Aulmstraße 29 ein Brand aus, der große Verunreinigung hervorrief, aber bald gelöscht werden konnte.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute Abend 9 Uhr, Drebbenerstraße 45: Monatsversammlung der diensthelfenden Abteilung. Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Deputation für Gesundheitspflege des Magistrats von Charlottenburg hat ein Merkblatt für Mütter und Pflegermütter herausgegeben, das in den vier städtischen Säuglingsfürsorgestellen zur Verteilung gelangt. Das Buch, das hübsch ausgestaltet ist, enthält eine kurze Anleitung für die Säuglingsernährung sowohl an der Mutterbrust wie auch mit der Flasche, und eine Anweisung für die Körperpflege des Kindes. Ferner findet man darin eine Tabelle, in der die wöchentliche Gewichtszunahme des Kindes eingetragen werden kann.

Rigdorf.

Oberbürgermeister Bobbin ist — wie wir bereits gestern mitteilten — am Dienstagfrüh um 9 Uhr aus dem Leben geschieden. Es ist nicht überflüssig, auch an dieser Stelle einige Worte über den seitlichen Werdegang des Rigdorfer Oberbürgermeisters zu verzeichnen, obwohl wir wissen, daß der Entwicklungsgang aller Dinge nicht von Personen abhängt, sondern bis zu einem geringen Grade nur von ihnen beeinflusst werden kann. Immerhin kann auch hier — trotz aller sonstigen Begünstigung — gesagt werden, daß Bobbin nicht viele feindselige Feinde hat, die wie er auch dem politischen Gegner gegenüber Verständnis und Takt walten lassen. Vielmehr ist diese Eigenschaft nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß er aus kleinen Verhältnissen sich emporgearbeitet hat. Er war der Sohn eines Tischlermeisters und in Grönsee am 16. Mai 1844 geboren, wo er auch die Volksschule besuchte. Nach längerer Tätigkeit im Verwaltungsdienst wurde er Rentmeister im Domänenamt Mühlenthorf in Berlin, dann Hofamtssekretär, um schließlich 1874 zum Amts- und Gemeindevorsteher der inzwischen vereinigten Gemeinden Deutsch- und Böhmisches Rigdorf gewählt zu werden. Seitdem hat Bobbin ununterbrochen an der Spitze dieses Gemeinwesens gestanden, wobei er gewiß viel Geschick bewiesen hat. Als eine Anerkennung dafür ist wohl die nach der Stadterhebung Rigdorfs im Jahre 1899 erfolgte einstimmige Wahl zum ersten Bürgermeister zu betrachten. Und auch in diesem Amte, das 1900 für den Verstorbenen den Titel Oberbürgermeister mit sich brachte, hat derselbe seine angenehme Art des Umgangs mit Freund und Gegner bewahrt. Das kann und wird auch der Teil der Bürgerschaft Rigdorfs, welcher der kassenbetreuenden Arbeiterschaft angehört, anerkennen. Diese Anerkennung konnte um so rückhaltloser sein, hätte Bobbin bei der letzten Reichstagswahl sich nicht dazu hergegeben, im Wahlkreise Keltow-Beeskow-Storkow für den „nationalen“ Wahlzettel gegen den Sozialdemokraten zu kandidieren, unterstützt von jenen berüchtigten Flugblattfabrikanten des Reichsverbandes. Man sagt zwar, er habe sich zu dieser zweifelhaften Rolle drängen lassen — das kann aber nur bedingt als Entschuldigung für den Oberbürgermeister einer Arbeiterstadt gelten. Diese unangenehme Reminiscenz aus dem Leben des Rigdorfer Stadtverordneten soll aber nicht verhindern, anzuerkennen, daß Bobbin es verstanden hat, auch seinen Gegnern ein Maß von Achtung abzurufen, das nur wenigen unter den leitenden Verwaltungsbeamten geübt werden kann.

Schöneberg.

Eine Protokollversammlung der Schöneberger Gastwirte tagte am Dienstag bei Objt. Martin Lutherstraße, um Einspruch gegen die geplante Einführung einer Konzessionssteuer in Schöneberg zu erheben. Der Referent, Gastwirt Genosse Objt. führte aus, der Gastwirstand sei nicht mehr in der Lage, zu den vielen Steuerlasten, von denen er jetzt schon bedrückt sei, noch die Konzessionssteuer zu tragen. Nach kurzer Debatte wurde einstimmig folgende Protesterklärung angenommen, die dem Magistrat und den Stadtverordneten von Schöneberg überreicht werden soll: „Die heutige öffentliche Versammlung der Gast- und Schenkwirte Schönebergs erklärt, daß die vom hiesigen Magistrat geplante Einführung einer Konzessionssteuer eine Schädigung des gesamten Gastwirstandes herbeiführen würde, die für einen großen Teil der hiesigen Gastwirte den Ruin bedeuten würde. Durch die geplante Steuer würde vielen Gastwirten die Existenz unterzogen werden, weil sich dann ein Geschäft nicht verkaufen ließe und die Neugründung einer Existenz dadurch ausgeschlossen wäre. Die Versammelten protestieren daher mit aller Energie gegen die Einführung einer Konzessionssteuer und erwarten von den Vertretern der Stadt, daß sie eine solche Steuerpolitik in der Kommune nicht zulassen. Die Versammelten erwarten, daß seitens des Magistrats eine Umfrage unter den Schöneberger Gastwirten veranstaltet wird, sowie daß Sachverständige aus den Nachbarorten gehört werden, bevor eine solche Steuervorlage an die Stadtverordnetenversammlung gelangt. Endlich erklären die Anwesenden, auch in Zukunft alle Mittel in Bewegung zu setzen, um die noch rückständigen Kollegen zum Anschluß an die Protestbewegung gegen die Konzessionssteuer zu gewinnen.“

Pankow.

Die letzte Gemeindevorstellung faßte zunächst Beschluß über die Regulierung der Pestalozzi- und Appalarthierung der Florstraße. Bei letzterer sollen die Arbeiten nur dann vorgenommen werden, wenn die Eigentümer als Anlieger der Straße grundbuchlich eine Dienstbarkeitsklärung abgeben, daß die Würgekeile, welche bisher als Vorgärten dienen und zur Bebauungsfläche der Grundstücke rechnen, der Gemeinde zur freien Benutzung überwiesen werden. Es soll dadurch vermieden werden, daß die Anlieger später der Gemeinde Schwierigkeiten bereiten oder ungerechtfertigte Forderungen stellen. — Für das Wasserwerk wurden zur Beschaffung eines Wasserreinigungsapparates 1500 M. bewilligt, um die Aesthetikbildung möglichst zu verhindern.

Es wurde beschlossen, dem Provinzialverband zur Bekämpfung der Tuberkulose beizutreten; der Verband hat sich zur Aufgabe gestellt, für die nicht heilbaren und im letzten Stadium dieser Krankheit Leidenden zu sorgen. Zu diesem Zweck ist das Sanatorium Burg Dabern bei Wittstock angekauft. Als Verpflegungssatz werden 2,50 M. pro Tag in Anrechnung gebracht. Bei dem Anlauf des Bürgerparlaments sollen 15 Morgen zu Waustellen abgeteilt werden; es wurde beschlossen, diesen Beschluß aufzuheben, um das Ganze als Park zu erhalten; außerdem glaubt man die Kosten für den Stempel und Gerichtslosten für die Auflassung in der Höhe von 15 000 M. zu ersparen. — Der Kreis Nieber-Barnim hat endgültig beschlossen, für das Krankenhaus der Gemeinde Pankow einen jährlichen Zuschuß von 24 000 M. zu gewähren; die erste Vierteljahresrate in der Höhe von 6000 M. ist bereits überwiesen. Für das Herrenhaus des Gutes Mühlenthorf, das gegenwärtig renoviert wird, bewilligte die Versammlung für die Einrichtung von Wohnräumen 1500 M., um erstens die alljährliche Einquartierung unterzubringen, zweitens aber, um den Anfang zur Gründung eines Genußgenossenschafts oder Ferienkolonie zu machen.

Weißensee.

Auf das kommunale Leben einwirken will jetzt auch ein Mieterverein, der sich vor etwa acht Tagen gegründet hat. Insbesondere sollen die nicht auf Hausbesitzer entfallenden Mandate in der Gemeindevorstellung von ihm besetzt werden. Inwiefern das auch auf die dritte Klasse Anwendung finden soll, ist noch nicht bekannt. Die Hausbesitzer beginnen bereits Fühlung zu suchen, um mit dem neuen Verein gemeinsame Sache zu machen. Jedenfalls ist man bestrebt, den Mietervereinen klar zu machen, daß zwischen geplagten Hausbesitzern und Mietern eine Harmonie bestehen muß. Daß Mietervereine und Hausbesitzer stets zusammengegangen sind, wenn es galt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, hat uns das Beispiel anderer Orte hinlänglich bewiesen. Insofern kann die Sozialdemokratie Weißensees den Reuling nur als einen verkappten Bundesgenossen ihrer bisherigen Feinde betrachten.

Verlammungen.

Ueber Uebelstände in den Markthallen wurde in einer Mitgliederversammlung der hiesigen Markthallenarbeiter am Dienstagabend lebhaft Klage geführt. Die Räumlichkeiten, die den Arbeitern zur Verfügung stehen, seien durchaus ungenügend. So wurde erzählt, daß in Markthalle I ein Raum von 6 1/2 Meter Länge und 5 1/2 Meter Breite für 37 Arbeiter eingerichtet sei. Da sind 22 kleine Schränke, 1 Wäschekasten, 1 Tisch und 4 Bänke vorhanden, so daß der Raum fast ausgefüllt ist. Im Stehen müssen die Arbeiter essen, der Geruch in diesem Raum ist oft fürchterlich, denn die schweren Stiefel, die beim Scheuern benutzt werden, haben dort ebenfalls ihren Platz. Viele Arbeiter klagen über rheumatische Leiden, die sie sich durch die nasse Arbeit holen. Große Enttäuschung wurde darüber laut, daß die vom Magistrat bewilligten Löhne von 4,50 M., die nach neun Jahren den Arbeitern zuteil werden sollen, nicht zur Auszahlung kommen, sondern durch ein System der Zulage von zwei zu zwei Jahren ausichtslos verzögert werden. Da gibt es Leute, die schon 12 und 15 Jahre in Tätigkeit sind, aber die 4,50 M. nicht erhalten. — Eine bestimmte Wechselschicht in der Arbeitszeit wurde vorgeschlagen und ein Arbeitslohn von 4 M. im Anfang und nach 8 Jahren 5 M. verlangt, ferner ein Urlaub im Sommer, und zwar nach einem Jahre 3 Tage, nach zwei Jahren 5 Tage, nach drei Jahren 8 Tage und nach fünf Jahren 10 Tage. Die Lampenwärter in den kleinen Hallen wünschen dieselben Lohnsätze, wie sie in der Zentralhalle in Geltung sind. Der Arbeitersausschuß soll auf dem Petitionsweg der vorgesehnen Behörde die Forderungen der Arbeiter vorlegen, so beschloß die Versammlung und fügte noch in einer Resolution hinzu, daß die vom Magistrat bewilligten Löhne vom 1. April 1907 an zu zahlen seien an jeden dazu Berechtigten. Ferner wird verlangt: Gleichstellung der Löhne der Fahrstuhlführer mit den Lampenwärttern beim elektrischen Licht, den Rohrlegern wie den übrigen Arbeitern, unter Gewährung der Lohnsätze für Handwerker, wenn Fahrstuhlführer deren Funktion ausüben. — Ein Dreischichtensystem, jede Schicht zu acht Stunden, soll eingeführt werden. — Die Stuhlwärter sind als Betriebspersonal anzuerkennen. — Die Stuhlwärter erklärten sich die Versammlung für die vorgeschlagenen Verbesserungen und erwartete, daß auf die Wünsche der Arbeiter mehr Rücksicht genommen werde wie bisher.

Verband der Feisenrathen Deutschlands, Zweigverein Rigdorf. Donnerstag, 25. Juli, abends 9 1/2 Uhr, bei Schmidt, Berlinstraße 14: Mitgliederversammlung. Erschienen sämtlicher Kollegen zwölf. **Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher-Gesellen.** Berlin. Am Donnerstag, den 25. d. M., abends 10 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale Dindensstraße 46. Der nächsten Tagesordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Vermischtes.

Eine nette Geschichte aus der guten alten Zeit. Es war in den fünfziger Jahren, als in Augsburg ein Kind zur Schule angemeldet wurde, von dem auch die Witwe, die bis dahin als Mutter galt, weder Geburtsort noch Herkunft wußte. Nach einigem Drängen konnte man von der Witwe jedoch erfahren, daß der damalige Domdechant Eger in Augsburg mehr von dem Geheimnis wissen müsse. Das Kind kam, wie schon gesagt, zur Schule. Dazu bedurfte es aber auch schon zur damaligen Zeit einen Heimatschein. Einen solchen kann man aber nur von einer amtlichen Behörde erhalten. Der damalige „schwarze“ Bürgermeister Forndran von Augsburg mußte deshalb helfen. Und er half. Durch Vermittlung des damaligen Advokaten J. Lemisch in Augsburg übernahm die benachbarte Dorfgemeinde Pferssee das Kind für eine Gebühr von 185 Gulden. Umsonst bekam man auch in der guten alten Zeit keinen Heimatschein. Das Kind hatte also eine offizielle Heimat.

Nachdem nun alle Personen, die durch Veröffentlichung dieser Geschichte aus der guten alten Zeit etwa unangenehm berührt werden könnten, gefordert sind, wollen wir von ihr doch Näheres erzählen:

Zu Beginn des Jahres 1840 wurde dem damaligen Bischof Oetli in Augsburg durch den Generalvikar Fries von Eichstätt die dienstliche Meldung gemacht, daß die damalige Oberin des Klosters St. Walburg in Eichstätt guter Hoffnung sei und daß als Vater des in Aussicht stehenden Sprösslings der Weichtater des Klosters, Pfarrer Kaspar Reichenkötter zu gelten habe.

Der Bischof gab die Direktive, daß die Angelegenheit auf das peinlichste geheim zu halten sei. Die Oberin wurde vom selben Augenblick an heiliger. Durch den Herrn Pfarrer genoh sie täglich geistlichen Zuspruch und außerdem waren zwei andere Klosterfrauen, welche in das Geheimnis eingeweiht worden waren, zu ihrer Bedienung bestimmt. Es waren dies die spätere Oberin Eduarda Schnitzer und die Laienschwester Barbara Thiele.

Der Generalvikar Fries setzte sich nun mit Domdechant Eger in Augsburg in Verbindung mit der Bitte, ihm eine Unterkunft für das zu erwartende Kind zu besorgen. Durch einen Dr. Hörber wurde in Augsburg eine Witwe Ramens Müller gefunden, welche sich erbot, das Kind aufzunehmen, ohne daß ihr Auskunft gegeben zu werden brauchte, woher das Kind stamme; jedenfalls wurde ihr für diesen Liebesdienst mindestens die Seligsprechung in Aussicht gestellt. Dr. Hörber jedoch erhielt für seine Bemühung 50 Gulden Honorar.

So war nun alles vorbereitet. In einer Julinacht nahden der Frau Oberin die schmerzhaften Stunden. Der Herr Pfarrer und die beiden schon genannten Schwestern wichen nicht von ihr. Die Wehen wollten nicht enden und der resolute Herr Weichtater holte zur weiteren Assistenz den damaligen Dr. Raier von Eichstätt, der zur Vorsicht noch ganz ausdrücklich auf seine ärztliche Schweigepflicht aufmerksam gemacht wurde. Es kam zu einer Jangengeburt. Das Kleine wurde dann auf dem Dachboden des Klosters verborgen.

Generalvikar Fries hatte inzwischen den Domdechant Eger in Augsburg von der Geburt und von der bevorstehenden Ueberführung des Kindes benachrichtigt. In der folgenden Nacht brachten der Pfarrer und die Schwester Barbara, beide in „Zivilkleidern“, das Kind zu Fuß nach Neuburg a. D., bestiegen dort einen bereitgehaltenen Wagen nach Donauwörth und fuhrten von dort aus per Bahn nach Augsburg. Dort wartete verabredungsgemäß die Witwe Müller, übernahm das Kind und einen 50 Gulden-Schein, den der Herr Pfarrer und Papa im Trennungsjahr auf das Bettchen legte.

Soweit das Geheimnis des damals heimathlosen Kindes. Die beiden sündhaften Menschen sollten aber auch noch der gerechten Strafe teilhaftig werden. Der geistliche Kindsvater mußte als Sühne 2100 Gulden — nicht etwa an die Witwe Müller —, sondern an das Klostervermögen St. Walburg bezahlen, während die Frau Oberin nach einer glücklichen schweren Operation sich ganz allein „dem Herrn“ — nämlich dem im Himmel — widmen mußte. Als sie aber abends sich einsam in ihr Kammerlein zurückzog, dachte sie mit Wehmut an die seligen Stunden, die sie im Verein mit dem Herrn Weichtater genossen, und jeden Abend schloß sie ein mit den Schilckworten auf den Lippen:

O, daß sie ewig grün bliebe,
die schöne Zeit der jungen Liebe.

Verhaftete Raubmörder. Der „Münchener Volkszeitung“ zufolge sind die drei des Raubmordes an der Familie Raaf in Hoffnungsbühl verdächtige Personen gestern nachmittags in Rön-Lindenthal verhaftet worden.

Diebe im Luxus-Zug. Im Schnellzugverkehr München-Lindau-Schwyz kreiden in den letzten Tagen, wie das „Aindauer Tagblatt“ meldet, internationale Taschendiebe ihr Wesen. Zwei Reisenden wurden Brieftaschen mit 400 bezw. 600 M. Inhalt ge-

hoben, und dem Amerikaner Rockefeller wurde eine Brieftasche mit 20 000 Pfund Sterling in Kreditbriefen, lautend auf den Namen Purge u. Comp., Paris, entwendet. Die Kreditbriefe sind gespart.

Wagen-Kollision. In New York kam es vorgestern zwischen zwei Chauffeuren von Automobil-Konkurrenzfirmen aus Kolumbien zu einem eigenartigen Duell. Beide fuhrten mit ihren Automobilen mit größter Schnelligkeit gegeneinander. Nachdem beide Wagen zertrümmert waren, setzten sie den Kampf durch Bogerei fort, bis beide kampfunfähig waren.

Eisenbahn-Unfall. In der Nähe von Volsk (Gouvernement Saratow) ist gestern ein Güterzug entgleist, wobei zwei Schaffner getötet und zwei verwundet wurden. Der Lokomotivführer und der Feizer erlitten leichte Verletzungen.

Eine Feuerbrunst. Ein Telegramm aus Victoria (Britisch-Kolumbien) vom gestrigen Tage besagt: Eine große Feuerbrunst wüthete im nördlichen Teil der Stadt; die Lage ist um so bedrohlicher, als ein heftiger Wind und Wassermangel herrschen. Bis jetzt sind zwei Kirchen und etwa 150 Häuser meist ärmerer Leute zerstört.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag, 16. August 4, eine Treppe (Hauptstadt Halle, Saale, Durchgang nach Lindenstr. 101) wochentags von 7 1/2 bis 11 1/2 Uhr abends statt. Gestützt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchhaber und eine Anzahl Briefchen beizubringen. Briefliche Antworten wird nicht ertheilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. 2. Der sogenannte Unfallauschuss wird nicht in allen Fällen gezahlt. Es verhält sich damit wie folgt: Beträgt das Krankengeld weniger als 7/8, des bei der Berechnung des Krankengeldes zugrunde gelegten, also im allgemeinen des ordnungsmäßigen Tagelohnes, so ist das Krankengeld bis auf diese 7/8 zu erhöhen. Diese Differenz zwischen dem statutenmäßigen Krankengeld und dem Zweidrittel nennt man Unfallzuschuss. Ist der Verletzte in einem Krankenhaus untergebracht und hat er Angehörige, deren Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat, so ist ihm ein Unfallzuschuss soweit zu leisten, als das neben der Kur und Verpflegung gewährte Krankengeld ein Drittel des bei der Berechnung des ordnungsmäßigen Tagelohnes zugrunde gelegten Arbeitslohnes nicht erreicht. Ihnen würde also ein Unfallzuschuss nicht zustehen. — F. 2. — H. 2. 25. Rein. — Band 100. Das ist und nicht bekannt, es muß aus den Statuten hervorgehen. — M. 2. Zitronen. Die Dinge sind unklar, näher aber nicht mehr als Haleruppe. — H. 2. 22. Wenn zwischen dem Dienstmädchen und der Herrschaft über die Kündigung nicht verhandelt ist, so kann nur am Quartalsabschluss (1. Januar, 1. April, 1. Juli, 1. Oktober) unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist gekündigt werden. — G. 2. 80. 1. Einer genügt, wenn der Standbesitzer kein Bedenken hat. 2. 14 Tage. — H. 2. 100. — M. 2. 100. Bedenken Sie sich an das Hofmarkthaus. — H. 2. 46. Der Vertrag würde ungültig sein und den von Ihnen beabsichtigten Zweck nicht erfüllen können. — S. 2. 17. Das Gesetz müßte Sie an den Vorgesetzten richten. Ein Recht auf Naturalisation hat aber ein Nichtbürger nicht. Wenn die Naturalisation bewilligt wird, hätten Sie 50 Mark zu zahlen. — G. 2. 100. Wir vermögen die betreffende Sache nicht zu empfehlen. — 35. 3. 1. Ja, 6 Wochen lang, falls keine von der gesetzlichen abweichenden Kündigungsfrist vereinbart ist. 2. Ja.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandl.) Rindfleisch Ia 70-72, per 100 Pfd., IIa 61-69, IIIa 59-60, Füllfleisch Ia 65-70, IIa 55-64, Käse, fett 62-60, do. mager 40-50, Pfeffer Ia 54-56, Bienen, dan. 0,00, do. holl. 0,00. Kaffeebohnen, Doppelsender 100-120, Röstbohnen Ia 73-82, IIa 64-72, Röhler ger. gen. 45-57, do. holl. 0,00, dan. 0,00. Dammelfisch Kahlmutter 74-78, Dammelfisch Ia 69-73, IIa 62-68, Schote 60-62, Schweinefleisch 58-64, Reibsch Ia per Pfund 0,55-0,50, IIa 0,45-0,60, Rotwül, Wulst 0,56-0,64, Dammelfisch, Wulst 0,59, Wulstschneide 0,30, Frischlinge 0,00, Raminchen per Stck 0,10-0,75, Wildenten per Stck 0,55-1,00, Kricken per Stck 0,45-0,70, Hühner, alle, per Stck 1,50-3,15, IIa 0,50, do. junge 0,60-1,10, Tauben 0,40-0,50, italienische 0,00, Enten per Stck 1,60-2,25, do. Hamburger per Stck 2,80-2,90, Gänse per Pfund 0,60-0,65, do. per Stck 2,00-4,50, do. Hamburger per Pfd. 0,70, per Stck 0,00, do. Oberbräuer per Pfd. 0,63-0,65, Kanak per Stck 0,40-0,82, Schmalzschäumer 0,00, Preis per 100 Pfund 120-130, matt 0,00, dito mittel und groß 0,00, do. groß 92, Haber, mittel 0,00, do. klein, matt 92-103, Schleie, groß 95-103, do. mittel 0,00, do. holl. 0,00, do. 95-103, Kalle, groß 98-101, do. klein und mittel 89-95, mittel 93-99, do. unsortiert 61-88, do. groß-mittel 0,00, Wägen, matt 0,00, Klobben 0,00, Karpfen 86-94, Heie 71, matt 0,00, Bunte Fische 69-75, Barsch 77-80, dito matt 67-73, dito klein 0,00, Sarranchen 0,00, do. klein 0,00, Heilische 0,00, Weis 0,00, Waid 0,00, Unappern 0,00, Amerikanischer Waid Ia neuer, per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa 60, Seelachs, neuer 10-30, Rindfleisch, Steige Ia 8-6, mittel per Stck 1-2, Gänse, Steige 4-8, halbe Steige 2-3, pomm. Ia Schaf 4-8, IIa 0,50-2,50, Bändlinge, Meier per Stck 2-3, Strauß, 3,50-5,00, Borns 0,00, Kalle, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,80-0,80, Herings per Stck 5-9, Schellfische Röhre 3,00-5,00, 1/2, Röhre 1,50-2, Sardellen, 1902er per Kistler 95, 1904er 95, 1905er 95, 1906er 90-95, Schottische Vollerlinge 1005 0,00, large 40-44, full 38-40, med. 38-42, deutsche 37-41, Herings, neue Röhre, per 1/2, To. 60-120, Sardinen, russ., Röhre 1,50-1,00, Pretherringe Röhre 1,20-1,40, do. Böhre (4 Röhre) 1,40-1,70, Remungen, Schafschaf 11, do. kleine 5-6, do. kleinen 14, Eier, Land, unsortiert per Stck 8,25-3,40, do. große 4,00, Strafe per Stck große 0,00, do. mittelgroße 7,50-18, do. kleine 3,00, do. unsortiert 8,00, do. Galtier groß und mittel 2-3, do. unj. 2-3, Butter per 100 Pfd. Ia 109-113, IIa 103-108, IIIa 100-102, abfallende 90-95, Saure Gurken, neue Schaf 4,00-5,00, Pfeffergurken 4,50, Kartoffeln per 100 Pfd. weiße runde 3,50-4,00, Neue 4,00-4,25, Röhre 2,00 bis 3,00, Kernen 3,50-4,00, Perlschaf 3,50-4,00, Borer, Schaf 0,50-1,00, Weizenröhre, Schaf 5-12, Spinat per 100 Pfund 25-30, Sellerie, bißig, per Stckbund 2,00-5,00, Imbeben per 100 Pfd. 7,00-8,00, do. kleine 0,00, do. bißig (Vert.) 0,00, Charolotte 0,00, Peterfille, grün, Schafbund 0,75-1,00, Koblach Schaf 0,75-1,25, Rettig, bair., neue Stck 0,07-0,10, do. bißig, Schaf 3-4, Röhre, Schafbund 1,50 bis 2,50, Karotten, bißig, Schafbund 2,00-3,00, Wurmlöhler per Stck 4,00 bis 8,00, Koblach, Schaf 8-12, Weißkohl 6-10, Blumenkohl, Blüthen 100 Stck 0,00, do. Hamburger 100 Stck 0,00, do. Erfurter 100 Stck 30-25, Koblach, Schaf 5,00-6,00, Pfefferkörner, Schafbund 8-12, 4,50-6,00, Schoten per 100 Pfund 15-25, Pfefferlinge per 100 Pfd. 8-12, Steinpilze per 100 Pfund 15-25, Radleschen per Stck 0,75 bis 1,00, Salat per Stck 1,00-1,50, Gurken, Reibter, Schaf 3,00-3,50, Bohnen, grüne, 100 Pfd. 12-14, Stachelbeeren, per 100 Pfund 8-12, Erdbeeren, bißig, 100 Pfd. 20-35, do. Walderbeeren 50-80, do. Hamburger 50 bis 40, do. Holländer 25-30, Himbeeren 100 Pfund 30-32, Blaubeeren, 100 Pfd. 9-12, Johannisbeeren, 100 Pfd. 7-10, Stricheln, per 100 Pfund Schleife 5-20, Berberische 10-15, do. Glas- 12-18, do. Thüringer 6-15, Ratten 18-35, Janere 15-24, Birnen, ital., 100 Pfund 12-35, Rastateller 25-27, Pfirsche, per 100 Pfund 85-55, Aprikosen, ital., per 100 Pfund 26-28, Traube, 24-32, unger. 0,00, Apfel, ital., per 100 Pfund 14-38, Pfäumen, ital., per 100 Pfund 14-30, Zitronen, Messina, 300 Stck 9,00-13,00, do. 300 Stck 8,00-11,00, do. 200 Stck 6,00-12,00, Bananen, gelb, 100 Pfd. 22-25, grün 15-20.

Witterungsübersicht vom 24. Juli 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere Höhe mm	Wind- richtung	Witterungs- charakter	Temper. in C.	Stationen	Barometere Höhe mm	Wind- richtung	Witterungs- charakter	Temper. in C.
Eminende	757,3	1 bedekt	14	Habaronda	758,7	1 bedekt	11		
Damberg	759,3	2 halb bd.	12	Petersburg	753,7	1 bedekt	13		
Berlin	757,3	1 bedekt	12	Scilly	756,5	3 Regen	17		
Frankf. a. M.	759,0	2 halb bd.	15	Aberdeen	763,0	2 wolfig	11		
München	759,3	2 halb bd.	15	Baris	760,0	2 wolfig	16		
Wien	759,0	1 wolfig	17						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 25. Juli 1907.

Wetter heller, am Tage etwas wärmer, aber noch veränderlich mit leichten Regenschauern und schwachen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 24. Juli vorm. Elbe bei Dresden — 21 Sp. — Elbe bei Magdeburg 3,04 Meter. — Oder bei Rastow 2,05 Meter. — Oder bei Breslau + 0,82 Meter. — Oder bei Wien 3,84 Meter. — Rheingänge bei 2,68 Meter. — Rhein bei Rast 2,82-0,07 Meter. — Rheingänge bei Straßburg 3,06-0,05 Meter.